

ROBIN WOOD

magazin

Europawahl für
Umwelt und Natur

Pro & Contra
Bahnstreik



**SOJA GRILLT
ZUKUNFT**





In Südamerika sind diverse Lebensräume vom Anbau von Soja akut bedroht: Sowohl die Waldsavanne Cerrado als auch das größte Binnenfeuchtland der Erde, das Pantanal, in dem dieser junge Jaguar lebt

Foto iStock/Uwe Bergwitz



Klimaextreme nehmen zu: Wir müssen Naturräume bei uns und weltweit schützen und auf ökologische Landwirtschaft umsteigen

Liebe Leser*innen!

Unter dem Motto **Soja grillt Zukunft** haben wir unsere aktuelle ROBIN WOOD-Kampagne gestartet, mit der wir auf die Zerstörung für Soja in Südamerika aufmerksam machen wollen. 90 Prozent des Sojas landen in den Mägen von Hühnern, Kühen und Schweinen hier bei uns.

Vor allem die **artenreichste Savanne der Welt, der Cerrado in Südamerika, wird zunehmend für die industrielle Tierhaltung und unseren hohen Fleischkonsum zerstört**. Im Cerrado sind fünf Prozent aller Arten der Welt vertreten. 10.000 Pflanzenarten, von denen die Hälfte nirgendwo sonst auf der Welt vorkommt, und geschätzt 90.000 Insektenarten sind hier zu Hause. Bekannte Tiere dieser Region sind der Jaguar, der Flachlandtapir, der Große Ameisenbär, Puma, Gürteltier und Nandus.

Im Norden grenzt das Gebiet an den Amazonas-Regenwald, im Süden an die Mata Atlântica, den atlantischen Küstenregenwald. Die Savannenlandschaft ist über zwei Millionen Quadratkilometer groß und erstreckt sich über weite Teile Zentralbrasilien bis nach Bolivien und Paraguay. Insbesondere für die Wasserversorgung Brasiliens spielt die Landschaft, durchzogen von kristallklaren und türkisblauen Flüssen und unzähligen Wasserfällen, eine wichtige Rolle. Tropische Wälder, Schluchten, Hochebenen und weite Gras- und Buschlandschaften prägen das einzigartige und nicht zu ersetzende Cerrado. Dort haben sich seit den 1950er-Jahren die Flächen der ursprünglichen Vegetation halbiert! Große Teile der Natur gingen einfach in Flammen auf. Häufig durch Brandrodung nutzbar gemacht, werden 80 Prozent der

Flächen heute für den Sojaanbau genutzt. Lesen Sie ab Seite 14 dieser Ausgabe mehr dazu und wie ROBIN WOOD sich für den Schutz der einmaligen Naturlandschaften in Südamerika stark macht.

Wie Annika Fuchs, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin, in ihrem Beitrag ab Seite 22 erklärt, ist die Pünktlichkeit der Deutschen Bahn mittlerweile ein Lieblingsthema bei ihren Familientreffen. Die Streiks der Bahnbeschäftigten Anfang des Jahres könnten weiteren Diskussionsstoff geliefert haben. Ob ihr Protest legitim und wichtig ist, dazu beziehen Annika Fuchs und Werner Behrendt, ROBIN WOOD-Aktivist aus Bremen, mit Pro & Contra-Statements unter der Überschrift **Bahnstreik und Verkehrswende** Stellung.

Bitte gehen Sie am 9. Juni zur Europawahl. Wir müssen **Umwelt und Natur eine starke Stimme geben**. Im Interview mit Raphael Weyland aus Brüssel erfahren Sie ab Seite 26, warum es auf jede Stimme ankommt.

In der Heftmitte lesen Sie in unserem **Jahresbericht 2023** kompakt auf acht Seiten, wie ROBIN WOOD sich mit seinen Kampagnen und Aktionen im vergangenen Jahr für die Wälder und für den Umwelt- und Naturschutz stark gemacht hat.

Alles Gute und bleiben Sie aktiv,
Ihre Christiane Weitzel
für die Magazin-Redaktion



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Seite 9

tatorte 

- 6 Grünheide: Tesla: Protest gegen Fabrikusbau
- 8 Bremen, Klimastreik: #WirFahrenZusammen
- 8 Köln: Kurzstreckenflüge nur für Insekten!
- 9 Harz: Mehr Naturschutz ins Bundeswaldgesetz
- 10 Plößberg: Hände weg von Rumäniens Wäldern!
- 11 Stuttgart: Uni Stuttgart lässt uralte Bäume fallen
- 12 Stralsund: Energiewende statt LNG und Gasimporte!

 tatorte

Aktive in Aktion: Pontus, Bremen 13

Seite 13



Foto: Clara Tempel/ROBIN WOOD



Seite 14

Foto: iStock/alffoto

tropenwald 

- 14 Wie Soja aus Südamerika unsere Zukunft grillt
- 19 ROBIN WOOD-Floß-Rad-Tour mit Aktion Agrar von Magdeburg nach Hannover
- 20 Sinkender Fleischkonsum: Alles easy im Stall?



verkehr

- 22 Bahnstreik und Verkehrswende: Pro und Contra
- 25 Anti-SLAPP: Die EU schafft mehr Schutz vor Schikane

bündnisse

9. Juni, Europawahl: Wählen gehen für Natur und Umwelt 26



internes

- 28 Impressum
- 29 Broschüre: Lasst uns über Morgen sprechen
- 30 Spenden statt Geschenke

Heftmitte ROBIN WOOD-Jahresbericht 2023



Foto: ROBIN WOOD

ROBIN WOOD-Plattform im Wald bei Grünheide

Tesla: Protest gegen Fabrikausbau

Grünheide, Frühjahr 2024: Nahe Berlin befestigten Ende Februar ROBIN WOOD-Aktive eine mitgebrachte Holzplattform hoch oben auf einem Baum. Ringsherum bauten Aktivist*innen weitere Baumhäuser und Plattformen. Die Besetzung „Tesla stoppen“ wurde schnell als „Neues Lützerath“ gehandelt. Hohe überregionale und internationale Medienaufmerksamkeit begleitete den Protest seit Tag eins.

Das politische Ziel des Protestcamps, des Bündnis „Tesla den Hahn abdrehen“ und einer Bürger*innen-Initiative ist es, den Ausbau des Tesla-Werks in Grünheide zu stoppen. Die Menschen wollen damit verhindern, dass über 100 Hektar Wald gerodet und Flächen im Trinkwasserschutzgebiet versiegelt und möglicherweise verunreinigt werden. Was den Protest ausmacht, ist das enorme Tempo, mit dem sich die politische Situation ändert. Kurz vor Beginn der Besetzung stimmten 62,1 Prozent der Menschen in Grünheide bei einer Bürger*innenbefragung gegen den Ausbau des Tesla-Werks. Kurze Zeit später wurde das Camp genehmigt, eine solidarische Demo mit über 1000 Teilnehmenden forderte „Tesla NEIN Danke!“. Im März wurde ein veränderter Bebauungsplan vorgelegt, der eine Halbierung der Ausbaufäche vorsieht. Für Mai werden Aktionstage gegen den Ausbau angekündigt. Immer wieder drohte die Räumung des Camps.

Zugleich sind die Meinungen zu den Protesten gespalten. Der Protest wird oftmals als Positionierung gegen jede Form

der E-Mobilität verstanden. Damit regt sich in den Köpfen vieler Menschen Widerstand: E-Autos seien besser als Verbrenner und doch Teil der Lösung. Gäbe es denn keinen besseren Ort des Protests?

Tatsächlich ist es auch vor den Autowerken in Wolfsburg, Stuttgart und Co. dringend notwendig, Protestcamps zu organisieren, Entscheidungsträger*innen zu adressieren und Baumhäuser zu bauen, denn wir brauchen weniger Autos und eine Antriebswende im Verkehrssektor. Aber das heißt im Umkehrschluss nicht, dass die Proteste gegen Tesla in die falsche Richtung gehen. Denn es gibt gute Gründe für den Protest in Grünheide.

In Grünheide geht es um 100 Hektar Wald und um ein Trinkwasserschutzgebiet. Das Wasser in Berlin und Brandenburg ist schon jetzt knapp. Industrielle Fertigung bringt immer auch Wasserverschmutzung mit sich. Tesla hat wiederholt Umweltauflagen nicht eingehalten. Es gab Brände auf dem Gelände. Lack, Diesel und Löschwasser gelangten in die Umgebung. Wie sich Havarien und Abwässer auf die Wasserqualität vor Ort auswirken, lässt sich erst in einigen Jahren endgültig beurteilen. Es ist gut, dass Tesla durch die Proteste zu mehr Transparenz und Vorsicht gezwungen wird.

Die Fabrik wurde innerhalb von nur drei Jahren in „Tesla-Geschwindigkeit“ eröffnet. Die Produktion startete bereits, als das Werk noch eine Baustelle war. Dies war nur durch zahl-



Foto: ROBIN WOOD/Christina Albrecht

Über 1000 Menschen protestierten gegen das Giga-Projekt von Tesla, das auf vielfältige Weise Umwelt, Klima und Menschen schadet

reiche Sondergenehmigungen möglich – worunter nicht nur die Umwelt, sondern auch der Arbeitsschutz vor Ort litt, wie die Stern-Recherche „Inside Tesla“ ans Licht brachte. Noch immer arbeiten die Beschäftigten am Standort Grünheide in Brandenburg ohne Tarifvertrag.

Weniger Autos für Ressourcen- und Klimaschutz

Auf EU- und Bundesebene sinken die CO₂-Emissionen in fast allen Sektoren. Nur im Verkehr – da sinken sie bekanntlich nicht. Auf EU-Ebene sind die verkehrsbezogenen Emissionen in den vergangenen drei Dekaden um 30 Prozent gestiegen. Statt daraus einen umfassenden, systemischen Handlungsbedarf abzuleiten, setzen die Institutionen jedoch vor allem auf eine Antriebs- statt auf eine umfassende Mobilitätswende. „Die Herstellung guter Autos bleibt auch über den Verbrenner hinaus Rückgrat unserer Industrie“, sagte dazu Bundeskanzler Olaf Scholz.

Die Produktion von Verbrenner- und E-Autos benötigt viele Ressourcen, die unter katastrophalen Bedingungen für Mensch und Umwelt in Ländern des Globalen Südens abgebaut werden. Das gilt für Rohstoffe wie Lithium, Kobalt und Nickel, die für die Auto-Batterien verwendet werden, ebenso wie für Kautschuk aus den Tropen, das in der Reifenproduktion eingesetzt wird. Je größer und schwerer die Autos, umso größer der Ressourcenverbrauch. Es ist klar, dass E-Autos

in ihrer „Lebenszeit“ etwa 40 Prozent weniger klimaschädlich sind als Autos mit Verbrenner-Motor sind. Es ist auch klar, dass die 15 Prozent der Menschen, die in Deutschland in Dörfern mit weniger als 5.000 Einwohner*innen leben, auch zukünftig ohne Auto unter mangelnder Mobilität leiden werden.

Doch wenn wir unsere Klimaziele nicht komplett reißen wollen, müssen die Rekordwerte der aktuellen Autozulassungen drastisch gedrosselt werden. Deutschland pumpt gerade 900 Million Euro Förderung in ein neues Elektrobatteriefabrik der Firma Northvolt in Schleswig-Holstein. Dieses Geld fehlt beim Umbau von Städten, bei der Sanierung der Schieneninfrastruktur. Und es verschleiern die Frage, die es eigentlich zu stellen gilt: Wie viele Autos sollen 2050 noch fahren? Und wie drosseln wir bis dahin sozialverträglich die Produktion von Autos?

In Grünheide soll eine Politik aufgehalten werden, die der Industrie den roten Teppich ausrollt. Die weitere Versiegelung von Flächen, die Abholzung von Wäldern, das politische „immer weiter so“ im Angesicht der Krise zu benennen, ist extrem wichtig. Es geht um die schonende Nutzung wertvoller Ressourcen, um eine Priorisierung des Umweltverbunds auch auf industriepolitischer Ebene. Es geht um „Züge statt Flüge“, „Wald statt Asphalt“ und „Schiene statt Straße“.

Annika Fuchs, ROBIN WOOD-Mobilitätsreferentin

Schnupperklettern gegen Tesla in Grünheide

Ich sitze im Zug nach Grünheide und fahre an der Gigafactory mit den endlos kahl geschlagenen Flächen und den monströsen Produktionsgebäuden vorbei. Die Besetzung „Tesla stoppen“ kämpft seit Ende Februar für den Erhalt des Waldes in Grünheide bei Berlin, der für die Erweiterungspläne von Tesla gerodet werden soll. ROBIN WOOD unterstützt die Besetzung seitdem mit regelmäßigen Angeboten von Schnupperklettern, einer eigenen Plattform hoch oben in den Bäumen und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Als ich im Wald ankomme, werde ich von leiser Klaviermusik empfangen, von etwa 60 Menschen, die über mir hängen und um mich herum laufen, von dem Geruch einer Mischung aus frisch gesägtem Holz, feuchtem Wald und warmer Pizza. Wir schlafen in luftiger Höhe auf der Plattform von ROBIN WOOD und werden von der aufgehenden Sonne geweckt.

Beim Angebot Schnupperklettern von ROBIN WOOD lernen die Menschen, sicher in die Bäume zu klettern. Ich hänge dabei so lange in meinem Klettergurt, dass ich aufpassen muss, dass meine Beine nicht müde werden. Es macht mir Spaß zu sehen, wie die Menschen verstehen, wie das Abseilen funktioniert. Wie sie sich freuen, wenn sie merken, dass sie trotz des unsicheren Gefühls im Klettergurt sicher sind. Menschen kommen und gehen, aber die herzliche Stimmung bleibt. Ich schlafe an diesem Abend früh auf der Plattform ein, die schief im Wind schaukelt.

Als ich am nächsten Morgen aufwache, ist der Wald schon lebendig und voller Journalist*innen und Menschen, die angereist sind, um an der größten Demo teilzunehmen, die es in Grünheide jemals gab. Wir versammeln uns mit über 1000 Menschen, um laut zu sein gegen die Erweiterung des Teslawerkes, gegen die Rodung von über 100 Hektar Wald, der für Menschen zu einem Zuhause geworden ist. Als die Demo endet, ist uns klar: der Protest gegen die Gigafactory wird weitergehen, vielfältig und in vielen Formen: auf nach Grünheide, lasst uns gemeinsam Wald und Wasser verteidigen!

Ems Brinkmann, Hamburg



Foto: ROBIN WOOD/Julian Smaluhn

Klimastreik: #WirFahrenZusammen

Bremen, 1. März 2024: Es war Freitag und ROBIN WOOD machte mit beim deutschlandweiten Klimastreik. Die Aktion stand unter der Agenda eines sozial-ökologischen Ausbaus des ÖPNVs. In einem Bündnis von FridaysforFuture und ver.di forderten die Aktiven eine nachhaltige und sozial gerech-

te Verkehrspolitik. Die Kampagne #WirFahrenZusammen steht für ein Einstehen von gemeinsamen Zielen der Umweltbewegungen und Gewerkschaften. ROBIN WOOD-Aktive rollten ein Handbanner aus, auf dem zu lesen war: „Wir fahren zusammen, wir streiken zusammen.“



Foto: ROBIN WOOD/Clara Tempel

An der Bürgermeister-Smid-Brücke kletterten zwei ROBIN WOOD-Aktive zwischen zwei Masten hoch und hängten ein langes Banner mit der Aufschrift „There is no Planet B“ auf. Der Demozug lief unter dem Banner durch, Musik war zu hören, Menschen sangen, winkten den Kletternden zu und klatschten.

Eine beflügelte Stimmung und das Gefühl, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein, um eine Verbesserung zu fordern, trug die Aktiven. Die konkreten Forderungen: Ausbau des Streckennetzes des öffentlichen Nahverkehrs, bezahlbare Tickets und eine höhere Taktung, gekoppelt an bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für die Arbeiter*innenschaft des Schienengeführten Verkehrs. Die Solidarisierung zwischen Beschäftigten des ÖPNVs und Umweltbewegungen ist nichts Neues, ein Warnstreik in dieser Form war jedoch etwas besonderes.

Luk Meyer, Hamburg

Kurzstreckenflüge nur für Insekten!

Köln/Bonn, 12. April 2024: Anlässlich der Verkehrsministerkonferenz in Münster protestierten ROBIN WOOD-Aktivist*innen am Flughafen Köln/Bonn gegen Kurzstreckenflüge. Der Verkehrssektor muss seine Treibhausgasemissionen schnell und drastisch reduzieren, um dem Ziel des Bundes-Klimaschutzgesetzes für 2030 gerecht zu werden. Der Flugverkehr ist nach wie vor das umwelt- und klimaschädlichste Verkehrsmittel. Insbesondere Inlands- und Kurzstrecken-

flüge sind schlichtweg unnötig und können in vielen Fällen durch Bahnreisen ersetzt werden. Von den rund 700.000 Flügen, die 2023 von einem deutschen Hauptverkehrsflughäfen starteten, hatten gut ein Fünftel ein innerdeutsches Ziel. Zwar sind dies sechs Prozent weniger als 2019, aber die Anzahl der Zubringerflüge ist in dieser Zeit von 17 auf 28 Prozent gestiegen.

Spanien und Frankreich machen es vor und planen ein Verbot von Kurzstreckenflügen. Daher demonstrierte die Kölner ROBIN WOOD-Gruppe im Flughafen mit dem Banner „Kurzstreckenflüge nur für Insekten“ für einen Umstieg auf die Schiene. Sie trugen dabei Bienenkostüme und verteilten Info-Flyer an Passagiere. Die Aktivist*innen forderten nicht nur ein persönliches Umdenken, sondern vor allem auch eine Änderung der politischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen.

Die Verkehrsminister*innen müssen, dafür sorgen, dass innerdeutsche Kurzstreckenflüge durch Bahnfahrten ersetzt werden. Eine Verringerung des Flugverkehrs und ein Tempolimit auf Autobahnen würden die Treibhausgase sicher effektiver verringern als die kürzlich von Bundesverkehrsminister Wissing angedrohten Wochenend-Fahrverbote.



Foto: Adam Both

Irmgard Kahl, Köln



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Fleck

Spektakulärer Protest im Harz: ROBIN WOOD forderte zum Internationalen Tag des Waldes flächige Räumungen abgestorbener Waldflächen künftig zu untersagen

Mehr Naturschutz ins Bundeswaldgesetz

Harz, 21. März 2024: Zum „Internationalen Tag des Waldes“ forderte ROBIN WOOD von der Bundesregierung ein starkes Bundeswaldgesetz zum Schutz von Wäldern und Waldböden. Um diesem wichtigen Thema mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, entrollten die Aktivist*innen auf einer abgestorbenen, geräumten Waldfläche im Südharz bei Osterode (Niedersachsen) ein rund 20 Meter langes Banner mit dem Slogan: „Save our forests! We're losing ground!“ [„Rettet unsere Wälder! Wir verlieren den Boden unter den Füßen!“] Das Bundeslandwirtschaftsministerium arbeitet zurzeit daran, das Bundeswaldgesetz zu novellieren. ROBIN WOOD fordert, darin dem Naturschutz Vorrang vor der Maximierung von Erträgen aus der Holzproduktion zu geben.

Über 600.000 Hektar Wald sind hierzulande in den Dürre Jahren von 2018 bis 2022 abgestorben. Das ist mehr als in jedem anderen europäischen Land. Zu wenig beachtet wird dabei, dass mit den Wäldern auch kostbarer Waldboden verloren geht. ROBIN WOOD forderte zum diesjährigen „Jahr des Waldbodens“ Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir auf, im Bundeswaldgesetz flächige Räumungen abgestorbener Waldflächen zu untersagen. Denn durch Räumungen heizen sich die kahlen Flächen enorm auf, die Böden können kein Wasser mehr speichern und erodieren. Der Nährstoff- und CO₂-Speicher sowie die Artenvielfalt im Boden werden mit einem Schlag ausradiert. Dass auf der geräumten Fläche durch Aufforstung ein neuer Wald entsteht, ist insbesondere aufgrund Klimakrise mehr als ungewiss.

Bislang steckt die Änderung des Bundeswaldgesetzes in der Abstimmung zwischen den beiden Bundesministerien für Landwirtschaft und Umwelt fest. Was über den Entwurf an die Öffentlichkeit dringt, lässt befürchten, dass die Novelle für den Naturschutz viel zu wenig bringt. Ähnlich wie bei den Diskussionen um das Gebäudeenergiegesetz und die Entwicklung einer Nationalen Biomassestrategie (NABIS) verlieren die Grünen und der Umweltschutz an Boden, während sich die Industrie- und Forstlobby über Streichungen aller progressiven Praxismaßnahmen freuen kann. Dabei ist ein starkes, neues Bundeswaldgesetz mit praktikablen und überprüfbaren Handlungsanweisungen in Zeiten von Klimakrise und Artensterben dringend nötig. Dies forderte auch schon im Herbst vergangenen Jahres der Wissenschaftliche Beirat für Waldpolitik.

Internationale Waldnaturschutzorganisationen beobachten genau, was in Deutschland passiert. An der ROBIN WOOD-Aktion im Harz nahmen auch zwei Repräsentant*innen der in Brüssel ansässigen Waldnaturschutzorganisation Fern teil. „Es ist alarmierend, wie stark Deutschlands Wälder geschädigt sind“, sagt Siim Kuresoo, EU-Waldcampaigner von Fern. „Wir sind sehr besorgt, dass Deutschland den Bedingungen der EU-Gesetzgebung nicht genügen wird. Das ist eine schockierende Aussicht, gerade weil wir für unser Überleben auf intakte und strukturreiche Wälder angewiesen sind.“

Jana Ballenthien, Hamburg



Foto: ROBIN WOOD

Hände weg von Rumäniens Wäldern!

Plößberg, 7. März 2024: Für den Schutz der rumänischen Wälder demonstrierten ROBIN WOOD-Aktivist*innen bei der Ziegler Group in Plößberg in der bayerischen Oberpfalz. Vor die Fassade der Unternehmens-Zentrale hängten Kletter*innen ein Banner mit der Forderung: „Ziegler, Hands off Romanian Forests!“ („Ziegler, Hände weg von rumänischen Wäldern!“).

Die Ziegler Group (Gesamtumsatz in 2022: 1,05 Milliarden Euro) besitzt in Plößberg eines der größten Sägewerke Europas und expandiert weiter. Im August 2023 übernahm das Unternehmen ein Sägewerk im rumänischen Sebes im Kreis Alba. Die ZG Timber Sebes SRL verarbeitet dort bis zu 1,45 Millionen Festmeter Holz pro Jahr zu Schnittholzprodukten und zu Pellets und zählt zu den größten Holzverarbeitenden Betrieben Rumäniens. Das Sägewerk liegt im Zentrum der Holzindustrie im Süden der Karpaten. Dort befinden sich auch die letzten großen Naturwälder Europas.

Diese ökologisch besonders wertvollen Wälder Rumäniens sind in allergrößter Gefahr. Das Problem: illegale Abholzung und Misswirtschaft, sogar in Natura-2000-Gebieten. Das Problem ist bekannt. Deshalb hatte die EU-Kommission bereits vor rund vier Jahren ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Rumänien eingeleitet und damit die rumänischen Behörden aufgerufen, ihren Verpflichtungen zum Schutz ihrer Natura-2000-Gebiete nachzukommen. Trotzdem geht die Abholzung geschützter Wälder in erschreckendem Ausmaß bis heute weiter, so dass eine Klage der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof gegen das Land überfällig ist. Das Unternehmen Ziegler gibt sich selbst umweltbewusst. „Auch in Rumänien achten wir auf kurze Wege. Daher beziehen wir unser Holz aus dem Umland von Sebes“, heißt es auf der Firmen-Website. „Unser Holz stammt zudem aus zertifizierten Wäldern. Es ist ausgeschlossen, dass Bäume aus nationalen Schutzgebieten verarbeitet werden.“

Doch ein Sägewerk in Rumänien zu kaufen, das sein Holz in den Wäldern der Karpaten erwirtschaftet, die großteils Natur- und Urwälder sind und unter dem Schutz der EU stehen, birgt große Risiken. Das zeigen auch die Erfahrungen mit dem Vorbesitzer des Werkes in Sebes – HS Timber, zuvor bekannt als Schweighofer. Er war vor einigen Jahren in illegale Holzgeschäfte verwickelt und musste sich deshalb auch vor Gericht verantworten. HS Timber hatte daraufhin sein System der Rückverfolgung des von lokalen Partnern eingekauften Holzes verbessert.

Ziegler setzt hingegen nun wieder auf das vormalige korruptionsanfällige, staatliche Kontrollsystem SUMAL. Dadurch lässt sich aus Sicht von ROBIN WOOD nicht sicher ausschließen, dass illegal in Natur- und Urwäldern geschlagenes Holz in den Betrieb kommt.

Das sieht Ziegler allerdings anders. Das Unternehmen teilte nach der Protestaktion ROBIN WOOD seine Sicht auf das rumänische Kontrollsystem SUMAL mit und führte aus, „dass das SUMAL-System ein in Rumänien staatlich eingeführtes Kontrollsystem ist, das eine nachvollziehbare Rückverfolgbarkeit des Holzes ermöglicht und deshalb nicht pauschal von Ihnen diskreditiert werden sollte“. Zur Eindämmung des illegalen Holzeinschlags sei SUMAL derzeit Best Practice. ROBIN WOOD stützt seine Kritik an SUMAL auf verschiedene Quellen wie einen Report der rumänischen Umweltorganisation Agent Green, der konkrete Schwächen des Systems benennt, sowie auf Äußerungen des rumänischen Umweltministers.

Ziegler informierte ROBIN WOOD außerdem darüber, dass die Ziegler Group eigene „interne Kontrollmechanismen“ etabliert habe, „um sicherzustellen, dass sämtliche Holzlieferungen den höchsten Standards in Bezug auf Rechtmäßigkeit und Nachhaltigkeit entsprechen“. In dem Schreiben des Unternehmens heißt es weiter: „Durch den Einsatz einer

speziellen Software ist uns grundsätzlich eine umfassende Risikoanalyse aller eingesetzten Lieferanten möglich.“ ROBIN WOOD begrüßt diese Anstrengungen des Unternehmens und interessiert sich dafür, mehr darüber zu erfahren, wie die Risikoanalyse und die Kontrollen ablaufen.

Die Kritik von ROBIN WOOD richtet sich zudem auch gegen die Pelletproduktion. Denn sie führt dazu, dass wertvolles Holz in der Verbrennung landet, anstatt für langlebige Produkte verwendet zu werden. Von diesem extrem klimaschädlichen Geschäftsmodell profitiert auch Ziegler. In 2022 war die Ziegler Group bereits auf Platz zwei der größten

Pellet-Produzenten der DACH-Region (Deutschland, Österreich und Schweiz).

Hinzu kommt nun die Kapazität der Pellet-Produktion der ZG Timber Sebes SRL. Sie beläuft sich auf jährlich 225.000 Tonnen. Die Folge: Sägereistholz, das sich gut für die Produktion von Faserdämmstoffen oder Pressholzplatten nutzen ließe, wird in riesigen Mengen verfeuert – eine Verschwendung kostbarer Ressourcen. Produziert wird in Rumänien für den EU-Markt, so dass die Pellets aus rumänischen Bäumen auch hierzulande in den Handel kommen können.

Jana Ballenthien und Ute Bertrand, Hamburg

Uni Stuttgart lässt uralte Bäume fällen

Stuttgart, 14. Februar 2024: Wochenlange Proteste von Umweltorganisationen gegen die Rodung eines Waldbestands mit zahlreichen alten Eichen für einen Uni-Neubau waren erfolglos geblieben. Am Morgen begannen die Baumfällarbeiten am Pfaffenwaldring 27, unmittelbar angrenzend an Stuttgarts größtem Naturschutzgebiet Rotwildpark.

ROBIN WOOD, BUND, Extinction Rebellion, Fridays for Future und NABU protestierten gemeinsam gegen diesen klimazerstörerischen Irrsinn. Um den Umweltschaden zu stoppen, besetzten vier Aktivist*innen von ROBIN WOOD in der Nacht zum 15. Februar die größte der alten Eichen. Auf einer Plattform wollten sie die Fällarbeiten stoppen.

„Wir hatten angekündigt, diese wertvollen alten Eichen auch unter persönlichem Einsatz zu schützen. Alles Reden und Verhandeln hat bisher nichts geholfen. Wir haben immer noch gehofft, dass die Uni-Leitung zur Vernunft käme und die wertvollsten Bäume gerettet werden können“, sagt Eberhard Linckh von ROBIN WOOD.

Den Vorschlag der Umweltorganisationen, statt des Waldstücks einen Teil des zentralen Campus-Parkplatzes für den Neubau zu nutzen, lehnte die Universität als Bauherrin ab. Appelle an die Universitätsleitung, die eigenen Verlautbarungen zu Klimaschutz und nachhaltiger Mobilität ernstzunehmen und vor der Rodung noch einmal alle Optionen zu prüfen, blieben ohne Wirkung.

Das Fällen der alten Bäume und das Versiegeln von noch mehr Flächen stehen in krassem Widerspruch zu den Klimazielen von Stadt und Land. Zuvor hatte die Universität ihre Rodungspläne der Öffentlichkeit lange vorenthalten, sie waren erst durch ROBIN WOOD bekannt gemacht worden. Auch der Bezirksbeirat Stuttgart-Vaihingen zeigte sich verärgert, vor vollendete Tatsachen gestellt worden zu sein. Im Laufe des 15. Februars räumte die Polizei die Baumbesetzung. Alle alten Bäume wurden für den geplanten Uni-Neubau gefällt.



Fotos: ROBIN WOOD



Die Uni-Leitung will auf dem gerodeten Gelände einen Neubau für das Robotik-Labor LCRL (Large-Scale Construction Robotics Laboratory) errichten. Das LCRL ist aktuell in Neustadt-Hoheknacker, einem Vorort von Waiblingen, untergebracht. Geforscht werden soll im neuen Gebäude an Robotern und Baustoffen, die das Bauen effizienter und nachhaltiger machen sollen – ein Anspruch, der bereits bei der Errichtung des Gebäudes nicht eingelöst wird.



Foto: Daniel Müller/ROBIN WOOD



Spektakulärer Protest von ROBIN WOOD-Aktiven an der Rügenbrücke

Energiewende statt LNG und Gasimporte!

Stralsund, 31. Januar: Mit einer atemberaubenden Aktion, setzten sich ROBIN WOOD-Aktivist*innen für einen Bau-stopp des Mukraner LNG-Terminals ein. Vier Aktivist*innen seilten sich von der imposanten Rügenbrücke in Stralsund ab und entrollten ein neongelbes 25 Meter langes Banner mit der klaren Botschaft: „Energiewende statt LNG und Gasimporte!“

Nachdem am Abend zuvor final geklärt worden war, wie denn jetzt die zu bekletternde Brücke eigentlich offiziell heißt: Stralsundbrücke, Strelasundbrücke, Rügendambrücke oder doch Rügenbrücke, ging es bei mäßigem Wetter für eine Gruppe ROBIN WOOD-Aktivist*innen frühmorgens los an die Ostsee – aufgeregt, nervös und voll Vorfreude. Als auf der Brücke die Kletter*innen die hohe Glasbalustrade am Fahrbahnrand überwandern und nach einigen nervenaufreibenden Minuten schließlich alle Vier gesichert und außer Reichweite waren, war die Erleichterung beim Rest der Gruppe groß. Trotz ungünstiger Windbedingungen konnte das Banner gespannt und die Botschaft an die Bundes- und Landesregierung eindrucksvoll präsentiert werden. Der Bau des LNG-Terminals in Mukran ist auch für die Anwohner*innen in Stralsund und auf Rügen ein wichtiges Thema. Das erlebten wir am Aktionstag durch die große Zustimmung und positives Feedback von Passant*innen während unserer Protestaktion.

Die Aktivist*innen forderten von den Regierungen auf Bundes- und Landesebene den Bau des umstrittenen Flüssiggas-Terminals vor der idyllischen Ferieninsel Rügen zu stoppen. Das LNG-Beschleunigungsgesetz müsse dringend gestoppt und stattdessen eine ökologisch und sozial gerechte Wärme- und Energiewende vorangetrieben werden. Das

LNG-Terminal vor Rügen sollte eigentlich im Winter 2023/24 in Betrieb genommen werden, um eventuelle Versorgungslücken in Ostdeutschland zu verhindern. Dafür wurden Umweltverträglichkeitsprüfungen ausgesetzt, Bedenken von Anwohner*innen übergangen und sogar Baumaßnahmen während der Heringslaichzeit genehmigt. Jetzt ist der Winter vorbei, das Terminal befindet sich noch nicht im Regelbetrieb und die Gasversorgung in Ostdeutschland war jederzeit stabil. Die Erfahrung bestätigt also, was Expert*innen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung schon 2023 in einer Studie veröffentlicht haben: Vor Rügen entstehen fossile Überkapazitäten, der sensible Lebensraum der Ostsee wird gefährdet und die Entwicklung einer nachhaltigen regionalen Wirtschaft wird gehemmt.

Aber auch jetzt, am Ende des Winters mit gefüllten Gasspeichern und ohne das Gespenst der Gasmangellage, findet noch kein Umdenken in der Bundesregierung statt. Während US-Präsident Joe Biden alle ausstehenden Genehmigungen für LNG-Exporte aussetzt und vorübergehend den Bau von LNG-Terminals in den USA unter Hinweis auf die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel stoppt, hält Robert Habeck weiter an dem LNG-Beschleunigungsgesetz und dem Ausbau der LNG-Überkapazitäten im Rekordtempo fest. Dabei führt der unverhältnismäßige Ausbau nicht nur zu einem fossilen Lock-In, sondern auch zur Förderung von Menschenrechtsverletzungen, Gesundheits- und Umweltschäden in den Exportländern wie USA und Katar.

Der vergangene Winter hat gezeigt, es geht auch ohne weitere LNG-Infrastruktur und der Fokus muss auf einer sozial- und klimagerechten Energieversorgung auf Basis von Erneuerbaren Energien liegen!

Marit Schneider

Aktive in Aktion

Die Aktiven von ROBIN WOOD stehen und klettern für eine Zukunft, die auch kommenden Generationen ein gutes Leben auf diesem Planeten möglich macht. Wir möchten Ihnen an dieser Stelle in lockerer Folge einige Aktivist*innen von ROBIN WOOD vorstellen. Sie sind ehrenamtlich für die Umwelt aktiv. Pontus aus Bremen ist seit März 2023 in der Hamburger Regionalgruppe aktiv.

Hej! Ich bin Pontus, 29, Pronomen er oder mensch, und bin seit einem Jahr bei ROWO aktiv. In Bremen installiere ich Solarmodule und gebe Kurse in einem Seilgarten. Bei ROBIN WOOD gehe ich gerne zu Aktionen oder unterstütze die Planung. Alle zwei Wochen treffe ich mich mit der AG Awareness. Für mich ist es total wichtig, dass Diskriminierung und Privilegien kritisch hinterfragt werden.

Die zunehmende Kriminalisierung von Klima-Aktivismus treibt mich gerade besonders an. Eine absurde Verdrehung der Tatsachen! Privatjets, dicke Karren und fossile Industrie werden einfach weiter akzeptiert. Die gesellschaftlichen Veränderungen sind für mich nicht radikal genug. Mit ROBIN WOOD kann ich die Klimakrise durch plakative, unbequeme Aktionen selbst in die Medien bringen. Bei ROWO zu sein bedeutet für mich auch viel lernen zu können: Was ist ein Hainsimsen-Buchenwald? Worauf achte ich im Presse-Interview? Das konnte ich beim Frühjahrstreffen 2023 erfahren. 2024 möchte ich mich mehr in die inhaltliche Recherche einbringen: zu Sojaimporten für unser Tierfutter und gerne auch zu meinem Thema Energie!

Meine erste Aktion bei ROBIN WOOD ist mir sehr in Erinnerung geblieben: Relativ spontan bin ich in einem engen Auto voller Aktiver nach Bayern mitgefahren. Die Menschen waren mir fremd und ich wusste nicht, was mich erwarten würde. Während der Aktion habe ich dann gemerkt, dass die Gruppe genau die richtige Mentalität hat: frech und unberechenbar bei der Aktion, aber achtsam untereinander. Das Klettern wurde letztlich leider verhindert, aber das war für mich gar nicht schlimm. Ich habe mich sehr geborgen gefühlt, und saß auf dem Heimweg auf einmal neben ganz vertrauten Menschen!

Pontus, ROBIN WOOD-Gruppe Hamburg



Pontus aus Bremen ist bei der Hamburger Regionalgruppe von ROBIN WOOD aktiv



Bremen, 1. März 2024, Klimastreik: Pontus fordert mit einem riesigen Transparent auf der gemeinsamen Demo von Verdi und Fridays for Future endlich wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz (Foto: Clara Tempel/ROBIN WOOD)

Sei dabei! – Aktiv werden bei ROBIN WOOD

Darum geht's: Wir mischen uns mit kreativen Aktionen und klaren Forderungen in politische Debatten ein und streiten für eine umweltfreundliche, klimagerechte und solidarische Gesellschaft. Unsere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Wald, Tropenwald, Energie und Mobilität.

ROBIN WOOD-Aktive gibt es in ganz Deutschland! Einige von ihnen sind in Regionalgruppen organisiert, andere mischen bundesweit mit. Das Büro in Hamburg unterstützt die Aktiven bei fachlichen Fragen, Recherche, Aktionsvorbereitung und Pressearbeit und übernimmt Verwaltungsaufgaben. Über die wichtigen Anliegen des Vereins entscheiden die ehrenamtlich Aktiven basisdemokratisch.

Für alle gibt es Platz bei ROBIN WOOD! Unabhängig vom Alter oder von der Erfahrung – wir freuen uns über alle neuen Menschen. Egal, ob in spektakulären und bildstarken Aktionen, in inhaltlicher Facharbeit zu unseren Themen oder hinter den Kulissen als Unterstützer*in – es gibt viele Möglichkeiten, wie du dich bei uns einbringen kannst.

Melde dich gerne bei unserer Aktivenunterstützerin Clara Tempel:
clara.tempel@robinwood.de
 Mehr Informationen über ROBIN WOOD findest du online unter www.robinwood.de





Foto: iStock/alfoto

Sojaernte in Brasilien: Der weltweite Anbau von Soja hat sich in den letzten 50 Jahren verzehnfacht

Wie Soja aus Südamerika unsere Zukunft grillt

Der hohe Fleischkonsum in Deutschland und die damit verbundene industrielle Tierhaltung haben Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sowie auf Gewässer und Ökosysteme. Und das nicht nur in Deutschland. Sie reichen über den Atlantik bis in die Regionen, in denen die Futtermittel für die Tierhaltung angebaut werden: in tropische Regenwälder, Savannen, Feuchtgebiete und tief hinein in Territorien von indigenen Völkern.

Soja ist weltweit eine der häufigsten angebauten Nutzpflanzen. Anders als bei anderen Kulturen wie Mais, Reis oder Weizen werden 77 Prozent der

Ernte an Tiere verfüttert. 19 Prozent werden direkt für die menschlichen Ernährung genutzt und 3,8 Prozent für industrielle Zwecke wie Agrodiesel und Schmiermittel verwendet. Soja hat mit 40 Prozent einen hohen Gehalt an verdaulichem Rohprotein und eine günstige Zusammensetzung der Aminosäuren. Deshalb und weil es preiswert verfügbar ist, steckt Soja als unverzichtbarer Bestandteil in der industriellen Tiernahrung. Die angestrebten täglichen Gewichtszunahmen sind ohne Soja praktisch nicht erreichbar. So legen Mastbullen und Mastschweine 800 Gramm pro Tag an Gewicht zu, bei Broilern beträgt die Rate 100 Gramm pro Tag.

Soja überwiegend für Futter

Sojaschrot oder Sojamehl sind Hauptbestandteil des in der industriellen Tierproduktion eingesetzten Futters, vor allem für Geflügel, Schweine, Milchkühe und Zuchtlachs. 2020 landeten in der EU, inklusive Großbritannien, 36 Millionen Tonnen Sojaprodukte in Futtermitteln. Mit 38 Prozent wird der Großteil davon in der Masthähnchen-Fütterung verwendet (siehe Grafik). Zwar beinhaltet Schweinefutter nur geringe Mengen Soja, aber wegen der hohen Anzahl von Schweinen liegt der Sektor mit 23 Prozent beim Gesamtverbrauch von Soja in Futtermitteln ganz vorne mit dabei..

Im Jahr 2020 lag der Pro-Kopf-Verbrauch von Soja in der EU (27 + UK) bei 61 Kilogramm, wovon 55 Kilogramm über tierische Produkte konsumiert wurden. Beispielsweise stecken in einem Kilogramm Hühnerfleisch 960 Gramm Soja.

Weltweit werden jedes Jahr etwa 396 Millionen Tonnen Sojabohnen, Sojamehl und Sojaöl hauptsächlich in Brasilien, den USA und in Argentinien produziert, wovon 238 Millionen Tonnen in Länder mit hoher industrieller Fleischproduktion exportiert werden. Deutschland steht global auf Rang acht der Fleischproduzenten. Während EU-Importe aus den USA abnehmen, wird mehr Soja aus Südamerika, vor allem aus Brasilien, aber zunehmend auch aus Paraguay und Uruguay bezogen.

Der Anteil des Sojas, das in Form von Sojabohnen, -sprossen, Tofu und ähnlichem direkt von Menschen verzehrt wird, kommt überwiegend aus Europa. Die Produktion von Sojabohnen in der EU macht weniger als ein Prozent der global produzierten Menge aus, obwohl sie sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt hat.

Sojaanbau und Entwaldung

Der weltweite Anbau von Sojabohnen hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als verzehnfacht. 2021 betrug

die Anbaufläche 123 Millionen Hektar und war damit etwa 3,5-mal so groß wie Deutschland. Die Ausweitung von Ackerland geht oft mit der Zerstörung von Ökosystemen einher.

Laut Daten des World Resource Institutes wurden zwischen 2001 und 2015 8,2 Millionen Hektar Wald für Sojafuttermittel gerodet, 97 Prozent davon in Südamerika. Mehr als die Hälfte der Entwaldung (61 Prozent) fand in Brasilien statt, gefolgt von Argentinien (21 Prozent), Bolivien (9 Prozent) und Paraguay (5 Prozent). Innerhalb Brasiliens fand fast die Hälfte der Entwaldung (48 Prozent) im Amazonasgebiet statt und fast ebenso viel (45 Prozent) in der tropischen Savanne Cerrado. Die Entwaldung für Soja erfolgt außerdem oft indirekt, weil es auf Flächen angebaut wird, die ursprünglich für die Weidewirtschaft gerodet wurden. Das treibt die Rodung für immer neue Weideflächen an anderen Orten voran.

Artenreiche Primärwälder und einzigartige tropische Savannen gehen verloren und mit ihnen dort beheimatete Arten. Betroffene Ökosysteme umfassen den Amazonas-Regenwald, aber auch weitere, weniger bekannte Biome wie den Atlantischen Regenwald, das Gran Chaco, die Pampas, das Pantanal oder die Cerrados (s. Kasten S. 18). Nachdem die Schutzmaßnahmen für den Amazonas-Regenwald immer stärker werden,



kommt es in letzter Zeit vermehrt zu Entwaldung in den Cerrados.

Konflikte und Menschenrechtsverletzungen

Neben dem Verlust von Biodiversität kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen mächtigen Agrarkonzernen und der lokalen Bevölkerung. Kleinbäuerliche Strukturen und regionale Ernährungssysteme werden zerstört und mit ihnen die Lebensgrundlagen der Menschen vor Ort.

Soja wird in der Regel in Monokulturen und im industriellen Stil von Großgrundbesitzern und transnationalen Unternehmen angebaut. Mit der Intensivierung des Sojaanbaus, dem industriellen Anbau der Agrarkonzerne, aber auch durch illegale Siedler*innen wird immer mehr Ackerland beansprucht. Insbesondere bei nicht formalisierten Landrechten werden Kleinbäuer*innen genötigt, ihr Land billig zu verkaufen. Doch auch, wenn ihre Rechte gesichert

SOJA-VERWENDUNG IN DER EU HAUPTSÄCHLICH ALS FUTTERMittel



Infografik © Land schafft Leben 2022
 *in Sojabohnenäquivalenten; Zahlen von 2020; Quelle: Verbrauch: European Commission, EU oilseeds balance sheet 2019/20 [exkl. Sojaöl]; Verteilung: B. Kuepper, M. Stravens (2022); Mapping the European Soy Supply Chain; Werte gerundet; eigene Prozentrechnung



sind, geben sie ihr Land oft auf. Auch indigene Bevölkerungsgruppen leben in ständiger Gefahr, von ihrem Land vertrieben zu werden. Viele indigene Umweltaktivist*innen mussten ihren Widerstand mit ihrem Leben bezahlen. In Brasilien hat sich die Lage seit Amtsantritt von Präsident Lula leicht entspannt – Umweltbehörden wurden wieder mit Mitteln ausgestattet, um Verstöße gegen geltendes Recht verfolgen zu können.

Darüber hinaus geht der Anbau oft mit hohem Einsatz von Pestiziden einher. Diese vergiften Wasser und Böden und werden mit dem Wind in angrenzende Gebiete geweht. Das führt zu teils erheblichen gesundheitlichen Problemen für Menschen und Tiere, zu verminderten Ernten und verseuchtem Wasser. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen zwingt Kleinbäuer*innen, ihr Land zu verlassen. Mit jedem Stück Fleisch, das wir in Deutschland essen, sind wir auch

für ökologische und soziale Krisen in Südamerika verantwortlich.

Die EU ist nach China der zweitgrößte Importeur von tropischer Entwaldung und für 16 Prozent der Abholzung im Zusammenhang mit dem globalen Handel verantwortlich. Dadurch verursachte die EU 2017 indirekt 116 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen. Dies entspricht mehr als einem Viertel der EU-Emissionen aus dem Sektor Landwirtschaft. Innerhalb der EU hat Deutschland den größten Entwaldungsfußabdruck. Die CO₂-Emissionen aus dem Soja-Anbau gehen jedoch nicht in die Klimastatistiken der EU-Länder ein, sondern in die Statistiken der Anbauländer.

Flächennutzungseffizienz

Allgemein ist es deutlich effizienter, Flächen (oder auch Eiweißpflanzen) direkt für die menschliche Ernährung zu nutzen als für die Fleischerzeugung. Die Erzeugung von Lebensmitteln über die Fleischproduktion ist höchst ineffizient: Um eine Kalorie Hühnerfleisch zu erzeugen, müssen zwei pflanzliche Kalorien verfüttert werden. Bei Schweinefleisch, Milch und Eiern sind es drei verfütterte Kalorien für eine gewonnene Kalorie und beim Rind sogar sieben.

Angesicht des Flächenfraßes für die Sojabohne und der Umweltzerstörung, die sie mit sich bringt, scheint der enorme Fleischkonsum reiner Irrsinn. Insbesondere in einer Situation, in der eine globale Ernährungssicherheit nicht gegeben ist, sondern Mangel- und Unterernährung noch immer weit verbreitet sind und tendenziell zunehmen. Laut des Ernährungsreports 2022 des Bundeslandwirtschaftsministeriums essen in Deutschland 44 Prozent der Befragten nur gelegentlich Fleisch, sieben bis zehn Prozent ernähren sich vegetarisch und etwa ein Prozent vegan. Wenn sich weitere Konsument*innen zum Verzicht auf Fleisch entscheiden würden, könnte das zahlreiche Probleme entschärfen.

Freiwillige Selbstverpflichtung, individuelle Kaufentscheidung?

Label, Zertifikate, Siegel für Nachhaltigkeit – die meisten stellen einzelne positive Aspekte in Anbau, Produktion oder Vermarktung in den Vordergrund, einige stehen auch für ein allumfassend nachhaltiges Wirtschaften. Das ist gut. Zwar wächst der Marktanteil von Produkten mit Zertifikaten, aber er ist immer noch viel zu klein. Und freiwillige Selbstverpflichtungen reichen nicht aus, um eine regulierende Wirkung zu entfalten oder gar die schlimmsten Konzerne von ihrem Kurs abzubringen. Außerdem ist es fast unmöglich, bei Verstößen erfolgreich eine Klage einzureichen. Selbst die Achtung der UN-Menschenrechte kann nur dann rechtssicher eingeklagt werden, wenn sie in der Gesetzgebung des relevanten Landes explizit benannt werden.

Veränderung von Rahmenbedingungen

Anstatt die Verantwortung für eine sozial und ökologisch gerechtere Ernährung und den damit verbundenen Mehraufwand vollständig auf die Konsument*innen zu schieben, gibt es eine Reihe politischer Maßnahmen, die eine fleischarmere Ernährung fördern können. Das sind zum Beispiel eine Verbrauchssteuer oder eine Abgabe auf tierische Produkte. Oder die Mehr-



Foto: iStock/Marcos Assis

Hier werden im Cerrado Wälder gerodet, um Flächen für den Sojaanbau zu schaffen

Ökosystem in Gefahr

Der Cerrado ist die artenreichste Savanne der Welt. Rund fünf Prozent aller Arten sind hier vertreten. Etwa 10.000 verschiedene Gefäßpflanzenarten wachsen in dem Gebiet, das beinahe sechsmal so groß wie Deutschland ist. Die Tierwelt umfasst mehr als 800 Vogelarten, 1.200 Arten von Fischen, 150 Amphibienarten, 180 Reptilienarten und 90.000 Insektenarten. Zu ihren bekanntesten Vertretern zählen Jaguar, Flachlandtapir, Großer Ameisenbär, Puma, Gürteltier, Nandu und der Mähnenwolf.

Das abwechslungsreiche Landschaftsbild aus Wäldern, Schluchten, Hochebenen, weiten Gras- und Buschlandschaften bietet viele verschiedene ökologische Nischen. Durchzogen von kristallklaren Flüssen und zahlreichen Wasserfällen finden viele Arten nur dort ihren einzigartigen Lebensraum. Das Gebiet zählt zu den wichtigsten Wasserressourcen Südamerikas.



Foto: iStock/Psquaredo

Die Buschlandschaft wurde seit den 1950er Jahren in Agrarflächen umgewandelt. So sind bereits bis heute über 50 Prozent der ursprünglichen Vegetation verlorengegangen. Zunächst als Weideland genutzt, werden aufgrund der stark ansteigenden Sojanachfrage immer größere Flächen für den Anbau der eiweißhaltigen Bohne genutzt.

wertsteuer auf pflanzliche Produkte könnte abgeschafft und gleichzeitig die Mehrwertsteuer für tierische Produkte auf 19 Prozent angehoben werden.

Eine weitere Maßnahme wäre, einen vegan-vegetarischer Standard in öffentlichen Einrichtungen und bei Außer-Haus-Verpflegungen, wie zum Beispiel Kantinen von Schulen, Kitas, Unis, Kliniken, Altenheimen zu etablieren oder zumindest die angebotenen Gerichte an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung anzupassen.

Neben dem Fokus auf die Konsumseite gibt es auch Steuerungsmöglichkeiten auf der Produktionsseite. Einerseits können sie bestimmte landwirtschaftliche Praktiken fördern und so einen strukturellen Wandel bewirken. Ein Beispiel dafür ist die Gemeinsame Agrarpolitik der EU oder auch das Bundesprogramm zur Förderung des Umbaus der Tierhaltung in Deutschland.

Andererseits kann die Politik auch regulativ eingreifen, indem sie Gesetze und Verordnungen erlässt, die zwar nicht das „System Fleischproduktion“ verändern, aber einzelne negative Auswirkungen unterbinden. Die EU-Verordnung gegen Entwaldung (EUDR) verfolgt diesen Ansatz.

Die EUDR

Diese Verordnung ist im Sommer 2023 in Kraft getreten. Ende dieses Jahres läuft die Umsetzungsfrist aus, aber schon jetzt versuchen einige Agrarminister*innen, diese Frist zu verlängern. Im Kern soll die Verordnung die Entwaldung für den Anbau und die Produktion von Rohstoffen mit besonders hohem „Entwaldungsrisiko“ verhindern. Dazu zählen Soja, Palmöl, Rindfleisch, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Holz. Werden sie auf Flächen angebaut, die nach dem 31.12.2020 ge-

rodet wurden, nicht nur in den Tropen, sondern weltweit und auch in Europa, dürfen sie nicht auf den europäischen Markt gelangen.

Ein großer Kritikpunkt an der Verordnung ist die sehr enge Definition von Wald. Dadurch sind weite bewaldete Gebiete der Cerrados zum Beispiel nicht geschützt. Die Forderung, nicht nur Wälder, sondern auch andere bewaldete Gebiete („other wooded land“) über die Verordnung zu schützen, hat den Verhandlungen im Trilog nicht standgehalten. Laut der Ernährungs- und

Zwischen 2001 und 2015 wurden 8,2 Millionen Hektar Wald für Sojafuttermittel gerodet, 97 Prozent davon in Südamerika. Spitzenreiter bei der Entwaldung war Brasilien



Grafik: iStock/Rainer Lesniewski



Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gibt es weltweit fast eine Milliarde Hektar Land, die in diese Kategorie fallen und somit zusätzlich geschützt werden könnten. ROBIN WOOD bleibt an diesem Thema dran!

In der EUDR geht es nur darum, dass Rohstoffe „entwaldungsfrei“, nicht aber „umwandlungsfrei“ sind. Wälder dürfen zwar nicht in Agrarland umgewandelt werden, Grasland, Moore und Feuchtgebiete sind davor aber nicht geschützt. Wenn zukünftig Produkte als entwaldungsfrei deklariert und als umweltfreundlich beworben werden, stimmt das in vielen Fällen schlichtweg nicht.

Transparenz in der Lieferkette

Lange Zeit mangelte es an Transparenz und Rückverfolgbarkeit der Wertschöpfungsketten. Einzelne Branchen behaupten immer noch, ihre Lieferkette sei zu komplex, um die Herkunft einzelner Produkte zurückverfolgen zu können

Die neuen Regeln der EU schützen Wälder davor in Agrarland umgewandelt zu werden. Sie schützen weder Grasland noch Feuchtgebiete, wie hier das Pantanal in Brasilien, die für Weidewirtschaft und Sojafelder zerstört werden

und so Umweltzerstörung oder Menschenrechtsverletzungen auszuschließen. In den letzten Jahren wurden aber sehr gute Tools entwickelt, die es ermöglichen, Entwaldung nachverfolgbar und sichtbar zu machen. Mit diesen Tools können Maßnahmen umgesetzt werden, die sich auf bestimmte Produkte, Unternehmen oder Anbauregionen mit besonders hohem Entwaldungsrisiko fokussieren. Dabei besteht aber die Gefahr, dass sich Probleme von einer Region auf andere Gebiete und Ökosysteme verlagern.

Soja grillt Zukunft? Zukunft grillt Soja!

Der Rucksack von Fleischkonsum und -produktion gehen weltweit mit immensen negativen Auswirkungen auf Ökosysteme, das globale Klima, Existenzen und lokale Lebensgrundlagen einher. Außer Frage steht die Notwendigkeit, die Tierzahlen zu reduzieren, sowohl weltweit als auch in Deutschland. Und das ist möglich.

Wir können ein ökologisch verträgliches und sozial gerechtes, zukunftsfähiges Ernährungssystem schaffen, wenn die politischen Weichen entsprechend gestellt werden. Wir sollten uns unseren Rucksack nicht voll stopfen lassen mit Soja, Krisen und Konflikten, sondern lieber direkt die Sojawurst auf den Grill schmeißen.

Lea Huber und Fenna Otten, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin, tropenwald@robinwood.de

Vom Sojaanbau bedrohte Lebensräume in Südamerika

Amazonas-Regenwald: tropischer Regenwald, mehr als die Hälfte des weltweit verbleibenden tropischen Regenwalds liegt im Amazonasbecken, zu 60 Prozent in Brasilien, sehr hohe Biodiversität, größtenteils in staatlichem Besitz, oft mit Schutzstatus oder als indigenes Land

Cerrado(s) (auch Campo cerrados): Feuchtsavanne im südöstlichen Inland Brasiliens, artenreich mit vielen endemischen (= nur dort vorkommenden) Arten, v.a. in Privatbesitz, nur 7,5 Prozent mit Schutzstatus, auf privatem Land dürfen Landbesitzer*innen 65 bis 80 Prozent der ursprünglichen Vegetation entfernen

Atlantischer Regenwald (Mata Atlantica): tropisch/subtropischer Regenwald an der Ostküste Brasiliens, je nach Höhenstufe auch Bergregen- und Wolken- oder Nebelwald, sehr hohe Biodiversität, bereits zu 90 Prozent vernichtet

Gran Chaco: Region im Inneren Südamerikas (Argentinien, Paraguay, Bolivien) mit Trockenwäldern und Dornbuschsavannen, Verlust von etwa 20 Prozent der Waldfläche zwischen 1985 bis 2016 (initial als Weideland, später oft Soja gepflanzt, dann neues Weideland erschlossen)

Pampa(s): flache, steppenähnliche, subtropische Graslandschaft in Südost-Südamerika (Argentinien, Uruguay, Teil Südost-Brasiliens), intensiv landwirtschaftlich genutzt

Pantanal: größtes Binnenland-Feuchtgebiet der Erde (etwa halb so groß wie Deutschland), in Südwest-Brasilien, Bolivien und Paraguay, artenreiches Feuchtbiotop, seit 2000 Biosphärenreservat und UNESCO-Weltnaturerbe, dennoch durch menschliche Aktivitäten (Rinderzucht, Landwirtschaft, Kleinbergbau) akut bedroht



Foto: iStock/JesperSotof

Soja grillt Zukunft

ROBIN WOOD-Floß-Rad-Tour mit Aktion Agrar von Magdeburg nach Hannover

*Im Sommer werden wir wieder unser Floß zu Wasser lassen, und zwar am Freitag, den 26. Juli in Magdeburg. Den Anker lichten wir dann am Montag und machen uns in Begleitung von einer Gruppe fröhlicher Radfahrer*innen auf die Reise. Gemeinsam mit Aktion Agrar schippern wir über den Mittellandkanal durch Wolfsburg, vorbei an Braunschweig, bis nach Hannover.*

Auf dem Mittellandkanal wird Soja aus Südamerika für die deutsche Futtermittelindustrie transportiert. Entlang des Kanals machen wir gemeinsam aufmerksam auf die massive Zerstörung, die der intensive Sojaanbau in

Südamerika mit sich bringt – Ökosysteme werden genauso zerstört wie das Leben der Menschen vor Ort. Die industrielle Tierhaltung in Deutschland funktioniert nicht ohne Importsoja. Sie ist verantwortlich für drei Viertel aller Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft, ruiniert bäuerliche Existenzen und zerstört Wälder, Böden und Gewässer. Doch es gibt Höfe, die es anders machen. Wir wollen sie besuchen, ins Gespräch kommen. Wie wirtschaften Bauern und Bäuerinnen ohne Importsoja? Was braucht es, damit das nicht die Ausnahme bleibt?

Fast täglich werden wir kleine Diskussionsrunden organisieren, unseren Info-



Foto: ROBIN WOOD/Knut Hildebrandt

tisch aufbauen, zum Konzert einladen. Nach zwei erlebnisreichen Wochen trudeln wir am Freitag, den 9. August in Hannover ein und verbringen das Wochenende in der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Streckenplan und Veranstaltungsinfos findet ihr bald online und in unserem Floßflyer. Wer nicht dabei sein kann, kann in unserem digitalen Logbuch mitlesen, was wir erleben.

Zu Wasser und zu Land gegen die Fleischindustrie



Im Kanu sitzt ein Huhn und zieht bedächtig das Paddel durch das Wasser. Es ist genauso groß wie die zweite Person im Boot. Zwischen ihnen befindet sich ein großer Haufen Sojabohnen, im Hintergrund erhebt sich das Gebäude des Mega-Mischfutterwerks Haldensleben am Mittellandkanal. Tag für Tag mischt die Tochter des Hühner-Riesen Wiesenhof hier Soja aus Südamerika, Getreide und andere Rohstoffe, um Broiler im Rekordtempo zu mästen. Das Soja, das die Aktivist:innen dabei haben, ist allerdings nicht um die halbe Welt gereist, sondern in der nahen Altmark geerntet.

Diese Momentaufnahme gehört zu einem der Höhepunkte des letzten Jahres von Aktion Agrar. Der kleine Verein aus Magdeburg ist 2024 Partner von ROBIN WOOD für die Floß- und Fahrradtour unter dem Motto „Soja grillt Zukunft“.

Aktion Agrar arbeitet seit 2014 für die Agrar- und Ernährungswende und hat in den letzten Jahren die Reduktion der Nutztierzahlen und besonders die Kritik am globalen Futtermittelmarkt im Fokus. Aktion Agrar verbindet gute Recherche und die Vernetzung mit Praktiker:innen und Menschen aus der Stadt mit bildstarken Aktionen.

Seit vielen Jahren gehört auch eine mehrtägige Aktions- und Exkursionsfahrradtour zum festen Programm von Aktion Agrar. Im letzten Jahr begann die Tour am wichtigsten Sojahafen Deutschlands in Brake an der Unterweser. Es folgten ein Besuch des größten Tierfutter-Hersteller Deutschlands, der Agrarvis und Aktionen unter anderem bei einem großen Fleischkonzern. So passt es sehr gut, in diesem Jahr dem Soja aus Südamerika gemeinsam entgegenzufahren: Ein Stück auf der Elbe und dann auf dem Mittellandkanal in Richtung Hannover, der Hauptstadt

des Bundeslandes, das mit Abstand die meisten Hühner, Puten und Schweine in den Ställen hält und den größten Sojahunger hat. Aktion Agrar steuert unter anderem Kontakte zu Höfen bei, die schon heute zeigen, dass pflanzliches Eiweiß keine Weltreise und keinen Umweg durch einen Tiermagen braucht, um lecker zu sein.

2023: Protestaktion zu Wasser vor dem Mega-Mischfutterwerk in Haldensleben



Foto: Aktion Agrar



Foto: iStock/curtoicarto

Mastschweine im Stall: Fast alle Schweine in Deutschland leben auf Voll- oder Teilspaltenböden

Sinkender Fleischkonsum: Alles easy im Stall?

In Deutschland wird immer weniger Fleisch gegessen. Die Debatten über Haltungsformen und Tierwohl nehmen zu, und die öffentliche Kritik an der Fleischindustrie wird immer lauter. Ist mittlerweile also alles gut? Es wäre zu schön, um wahr zu sein. Das Geschäft mit dem Fleisch ist global, auch Deutschland produziert längst für den Weltmarkt – mit hohen sozialen und ökologischen Kosten.

Der Fleischkonsum lag 2023 in Deutschland bei 52 Kilogramm pro Kopf – zwölf Kilogramm weniger als noch zehn Jahre zuvor. Immerhin. Doch das sind aber noch rund 1000 Gramm pro Woche und damit weit mehr als die von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung empfohlene wöchentliche Verzehrmenge von 300 Gramm Fleisch und Wurst. Bedeutet der sinkende Fleischkonsum denn wenigstens, dass die Verbraucher*innen „besseres“ Fleisch kaufen und eine sozial-ökologische „Fleischwende“ kurz bevorsteht?

Die Nachfrage nach „Biofleisch“ ist in den vergangenen Jahren tatsächlich deutlich gestiegen, der Marktanteil hat sich in nur drei Jahren verdoppelt. Doch das auf niedrigem Niveau: Nur knapp vier Prozent des 2022 gekauften Fleisches stammte aus biologischer Erzeugung. Aufgrund steigender Lebensmittelpreise war der Verkauf von Biofleisch 2022 gegenüber dem Vorjahr sogar leicht rückläufig.

Fleisch für den Weltmarkt

Weltweit steigt die Nachfrage nach Fleisch. Das wird sich auch vorerst nicht ändern. Über die nächsten zehn Jahre wird ein Wachstum der jährlichen Fleischproduktion um zwölf Prozent prognostiziert – auf über 380 Millionen Tonnen. Von dem weltweit steigenden Konsum profitieren auch die deutschen Fleischproduzenten. In den letzten 30 Jahren hat sich in Deutschland der Export von Fleisch fast vervierfacht. Seit 2007 übersteigen die Fleischausfuhren die Einfuhren. Heute

wird etwa die Hälfte (!) aller deutschen Schlachtungen exportiert – etwa drei Millionen Tonnen Fleisch pro Jahr!

Seit 2016 sind die Exporte rückläufig. Das ist aber nicht auf eine Veränderung des Konsumverhaltens, sondern vielmehr auf Chinas Importstopp aufgrund der afrikanischen Schweinepest und auf fehlende Schlachtkapazitäten während der Corona-Pandemie zurückzuführen.

Strukturwandel in der Tierhaltung

In Deutschland lebten Ende 2023 gut 21 Millionen Schweine, knapp elf Millionen Rinder und etwa 44 Millionen Legehennen, die im Laufe des Jahres gut 13 Milliarden Eier legten. Von 2010 bis 2020 sank in Deutschland die Zahl der Betriebe, die diese Tiere halten, von knapp 216.100 auf gut 168.000. Dabei sind allerdings die Tierzahlen im gleichen Zeitraum nur leicht gesunken. Das bedeutet eine Betriebskonzentration, bei der sich die Bestandsdichte

von Rindern, Milchkühen und Hühnern nahezu verdoppelt hat.

In der Schweineproduktion ist der Wandel besonders deutlich. Insgesamt gingen die Schweinebestände in Deutschland um knapp vier Prozent zurück. Während die Zahl der Mast Schweine konstant blieb, gingen die Bestände der Zuchtschweine um etwa 21 Prozent zurück. Trotzdem stieg die Tierzahl pro Betrieb bei Zuchtschweinen um 55 Prozent und bei Mast Schweinen, die mehr als 50 Kilogramm wiegen, um 60 Prozent.

Angesichts dieser Marktkonzentration herrscht unter kleinen Familienbetrieben eine große Perspektivlosigkeit. Das System der Agrarsubventionen unterstützt die großen Betriebe immer noch mehr als die kleinen. Was aber vor allem fehlt, ist eine Koppelung der Subventionen an Verbesserungen in der Tierhaltung.

Tierhaltung in Deutschland

Viele Nutztiere in Deutschland werden auf Voll- oder Teilspaltenböden gehalten. Besonders gravierend ist dies in der Schweinehaltung. Über 90 Prozent der Schweine und Sauen fristen ihr Leben auf diesen Böden, dabei hat nur rund ein Prozent der Schweine Zugang zu einem Auslauf.

Der Großteil der Rinder wird in Silagesystemen mit Spaltböden, ohne oder mit wenig Tageslicht gehalten. Höchst problematisch – und nicht mit dem Tierschutzgesetz vereinbar – ist die Anbindehaltung von Milchkühen und Rindern. In 28 Prozent aller rinderhaltenden Betriebe werden die Tiere in diese Form gehalten, auch in ökologisch wirtschaftenden Betrieben.

Legehennen und Masthühner leben in der konventionellen Haltung überwiegend in Bodenhaltung. Dabei leben die Tiere zusammengepfercht, ohne Auslauf und ohne die Möglichkeit, ihre natürlichen Bedürfnisse auszuleben. Seit 2010 ist die Haltung von Hennen in Käfigbatterien verboten. Allerdings dürfen bestehende Betriebe bis 2025 die Tiere in der sogenannten Klein-

gruppenhaltung weiterhin in Käfigen halten, eine Fristverlängerung bis 2028 ist möglich, gar wahrscheinlich.

Häufig werden Amputationen vorgenommen und präventiv Medikamente gegeben, um die Tiere an die engen und reizarmen Haltungsbedingungen anzupassen und um das Verletzungs- und Krankheitsrisiko zu verringern. Insgesamt führen die industriellen, konventionellen Haltungsformen häufig zu diversen Krankheiten und schweren Verhaltensstörungen bei den Tieren.

Politik muss Anreize für mehr Tierwohl schaffen

Die Politik bietet Betrieben, die mehr Tierwohl umsetzen wollen, immer noch keine ausreichend finanzielle Unterstützung und vor allem keine Planungssicherheit. Der Vorschlag von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, eine Tierwohlabgabe einzuführen oder die Mehrwertsteuer auf Fleisch von sieben auf 19 Prozent anzuheben, wird jedoch vom Deutschen Bauernverband kritisiert – und von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft wiederum begrüßt.

Deutschland produziert Fleisch zu hohen sozialen und ökologischen



Kosten. Es ist höchste Zeit zu handeln, es braucht eine politische Kehrtwende. Landwirtschaftliche Betriebe müssen von ihrer Arbeit leben können, vor allem die, die ökologisch wirtschaften und mehr Tierwohl umsetzen wollen. Eine gezielte Förderung ökologischer Landwirtschaft würde gleichzeitig der Umwelt zugutekommen.

ROBIN WOOD fordert:

- Die Anzahl der Nutztiere in Deutschland muss drastisch gesenkt werden, denn dadurch können die Haltungsbedingungen für Tiere verbessert und die Treibhausgasemissionen gesenkt werden.
- Fleischpreise müssen alle Kosten der Herstellung widerspiegeln, auch soziale und ökologische!

Cora Hannack, Biologin, und Fenna Otten, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin, Hamburg

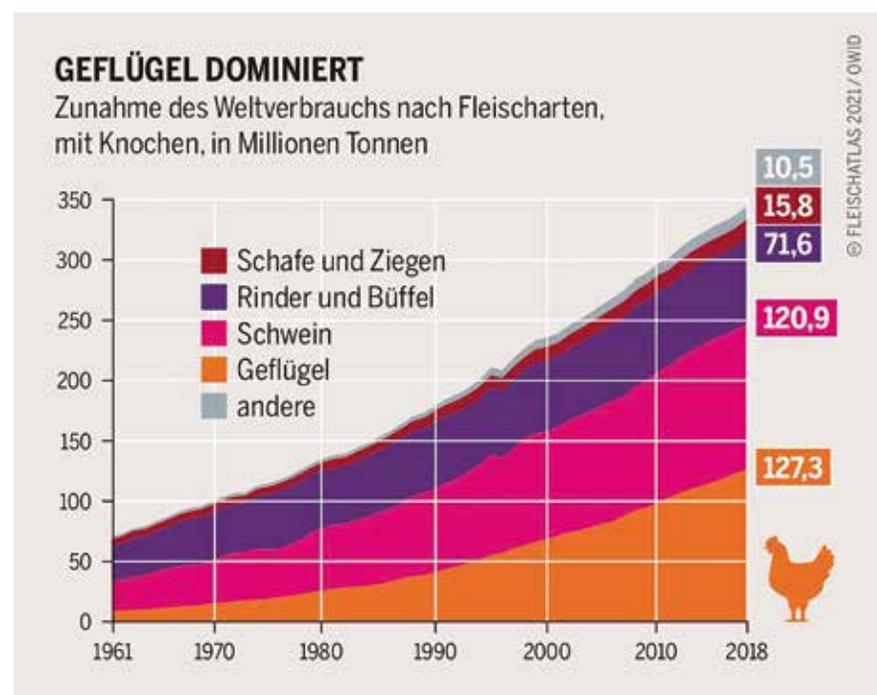




Foto: iStock/smartboy10

Bahnstreik und Verkehrswende

Pro Streik

Tarifstreiks sichern die Zukunft der Mobilitätswende!

Ende Januar 2024: Die tagelangen Streiks der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) entfacht eine Debatte in Deutschland. Es geht um die Frage: Darf die GDL mich und Millionen Fahrgäste am Bahnsteig stehen lassen? Darf sie so weit gehen?

Die Wut ist groß. Seitdem ich denken kann, ist die Frage nach der Pünktlichkeit der Deutschen Bahn ein Lieblingsthema bei jedem Familientreffen. Und tatsächlich übertrifft sich die DB jedes Jahr selbst in puncto Zugausfälle und Verspätungen. Das verwundert nicht, denn Deutschland investierte pro Kopf im Jahr 2022 nur etwa 114 € in die Schieneninfrastruktur, in Österreich waren es zum Vergleich über 300 €. Und jetzt ist nicht nur die Schieneninfrastruktur der DB kaputt gespart, sondern die Beschäftigten der GDL waren monatelang im Streik. Verkehrsminister Volker Wissing hat „null Verständnis“ für den Ausmaß dieses Tarifkonflikts, die gesellschaftliche Unzufriedenheit mit dem Ausmaß des Streiks nimmt zu. Kurz vor Ostern wuchs nach unangekün-

digten „Wellenstreiks“ die Sorge um den Familienbesuch an den nächsten Feiertagen. Die monatelangen Streiks der GDL entfachten eine Debatte in Deutschland: Darf die GDL so weit gehen und Millionen Fahrgäste am Bahnsteig stehen lassen?

Rechtlich ist die Lage eindeutig, denn nach Ablauf der Friedenspflicht dürfen Beschäftigte in den Streik treten. Solange es kein Streikgesetz gibt, das die Bedingungen für Tarifstreiks weiter regelt, sind GDL, ver.di und Co. durchaus berechtigt, Arbeitskämpfe in für sie angemessenem Umfang aufzunehmen. Eine andere Frage ist jedoch, ob die GDL politisch oder moralisch richtig handelt – als Institution der Daseinsvorsorge, als Hoffnungsträgerin der Verkehrswende. Viele Menschen sind auf die Dienstleistungen der DB angewiesen, pendeln zwischen Arbeits- und Wohnort, fahren die Familie besuchen. Und ja, viele Menschen steigen auf das Auto um, wenn die Bahn nicht so zur Verfügung steht, wie Reisende sich das wünschen. Und natürlich gäbe es andere Möglichkeiten des Streiks, wie beispielsweise ein Teilstreik,

bei dem die Züge fahren, dabei jedoch keine Tickets kontrolliert werden. Dies alles sind berechnete Argumente in der aktuellen Debatte von der Bahnsteigkante aus.

In dem Wunsch, der Streik möge enden und die Bahn möge endlich wieder fahren, steckt ein wichtiger klimapolitischer Kern: Dass der Verkehrssektor noch immer etwa 20 Prozent der Treibhausemissionen in Deutschland ausmacht und wir auf eine Kehrtwende der Bahnpolitik angewiesen sind, soll die Mobilitätswende wirklich gelingen.

Doch all die Kritik am Streik greift aus meiner Sicht zu kurz. Kurzfristige Ausfälle, abnehmendes Vertrauen in die Bahn sind der Preis dafür, dass es in Zukunft überhaupt noch Beschäftigte geben wird, die die Deutsche Bahn betreiben. Kurz vor Ostern wird das Ende des Tarifkonflikts bekannt gegeben: Die GDL konnte für Schichtarbeitende gestaffelt bis 2029 eine Verringerung der Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich durchsetzen. Zwar gibt es einige Hürden, da beispielsweise die Regelarbeitszeit nicht automatisch sinkt, sondern von den Beschäftigten eingeleitet werden muss. Doch insgesamt ist der Streik den Arbeitnehmer*innen gelungen und ein wichtiger Schritt hin zu mehr Zeitwohlstand eingeleitet. Damit wird die Bahn als Arbeit-

geberin attraktiver und ein wichtiger Schritt in Richtung Mobilitätswende wurde gegangen.

Es ist nicht die Aufgabe der GDL oder EVG, das Image der Bahn auf Kosten ihrer eigenen Mitglieder zu polieren. Es ist ihre Aufgabe, für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen einzustehen. Auch wir als Kund*innen sollten hier solidarisch bleiben und anerkennen, dass Arbeitszeitreduktion eine weitreichende Forderung ist, die schwer zu erringen ist.

Historische und aktuelle Beispiele des Zusammenschlusses verschiedener Bewegungen – von der Unterstützung lesbischer und schwuler Personen beim Streik der Walisischen Bergarbeiter*innen der 1980er Jahre bis zur aktuellen Kampagne #wirfahrezusammen – zeigen, wie wichtig Solidarität in Arbeitskämpfen ist. Gerade weil eine Mobilitätswende nur dann erfolgreich ist, wenn sie neben der ökologischen und technischen auch die soziale Komponente zentral miteinbringt. Denn in Zeiten von Fachkräftemangel braucht es genug und zufriedene Beschäftigte, die zukünftig Millionen von Reisenden verlässlich transportieren.

Annika Fuchs, Referentin für Mobilität bei ROBIN WOOD

Warum im Tarifkonflikt mit der Bahn neue Wege beschritten werden müssen

Monatelang erlebten wir eine Streikwelle unbekanntes Ausmaßes, in der die Bahn in kurzem Abstand von zwei Gewerkschaften bestreikt wurde. Auch wenn deren Forderungen durchaus berechnete erscheinen, ist die altbekannte Methode fast alles lahmzulegen, Gift für die Verkehrswende. Von der Gewerkschaftsseite und deren Unterstützer*innen wird das offensichtlich als Kollateralschaden hingenommen, der kurzfristig entlastend wirken kann, langfristig schadet das aber der ganzen Gesellschaft. Insbesondere fehlen mir konstruktive Vorschläge, wie mit einer Arbeitszeitverkürzung der ohnehin schon auf Kante genähte Normalbetrieb aufrecht erhalten werden soll. Denn zumindest im Nahverkehr fallen fast täglich reguläre Züge kurzfristig wegen Personalmangel aus.

Wenn die Bahn der GDL tatsächlich ein schlechteres Angebot gemacht hat als der EVG, dann ist das natürlich eine unsinnige Provokation – bessere Konditionen für die GDL wären das aber trotzdem. Denn wenn die kleine Sparten-Gewerkschaft GDL jetzt dank der besonderen Machtposition ihres Hauptklientels wesentlich mehr aus den Tarifverhandlungen herausholen würde als die EVG, dann würde das Ungerechtigkeiten und Unfrieden in der gesamten Bahnbelegschaft schaffen. In anderen Bereichen haben sich Gewerkschaften zusammengeschlossen oder agieren wenigstens gemeinsam. Das erwarte ich angesichts der Bedeutung der

Verkehrswende für die Zukunft der Gesellschaft auch von den Gewerkschaften und den Bahnbediensteten. Der GDL ist es gelungen ihre gewünschten Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen und damit die Attraktivität des Lokführerberufes zu steigern. Allerdings könnten wir frühestens in drei bis fünf Jahren mit mehr Lokführer*innen rechnen, die ja schließlich erst noch angeworben und ausgebildet werden müssten.

Wie können wir bis dahin verhindern, dass das Angebot an Zugfahrten entsprechend schrumpft und die Menschen noch



Foto: iStock/Stadtratte

mehr auf das Autofahren ausweichen, weil sie die bittere Erfahrung machen mussten, dass die Bahn einfach zu unzuverlässig ist und Autos daher unverzichtbar sind? Darauf geben die Streikbefürworter*innen keine Antworten.

Von Gewerkschaftsseite wird immer wieder betont, dass Streiks wehtun müssen – die Frage ist nur wem? Bei einem Industriebetrieb oder ganzen Industriesparten, die ihre Angestellten schlecht bezahlen, selbst aber satte Gewinnmargen und Gehälter einstreichen, trifft der Streik dann auch die Verursacher*innen.

Nicht so bei den klassischen Bahnstreiks. Da werden vor allem die getroffen, die für eine Dienstleistung im Voraus zahlen, die ihnen dann verweigert wird. Am schlimmsten trifft es jene, die aus finanziellen und anderen Gründen nicht Auto fahren können. Dem Bahnmanagement, das aktuell trotz aller Probleme satte Gehälter einstreicht, ist es doch völlig egal, ob die Züge fahren oder nicht, weil sie dann ja auch Lohnkosten, Energie, etc. sparen.

Den Verkauf und die Kontrolle der Tickets zu bestreiken würde die Deutsche Bahn meiner Einschätzung nach deutlich mehr treffen und gleichzeitig die Verkehrswende voranbringen. Anstatt das zu zerreden, müsste man das zumindest einmal real austesten!

Ein wirklicher Ausweg aus der verfahrenen Situation ist nur möglich, wenn der Bahnverkehr wieder als staatliche

Aufgabe zur Daseinsvorsorge eingestuft und entsprechend organisiert wird, Managementgehälter angemessen bleiben und nachvollziehbar von Parametern wie Kundenzufriedenheit, Pünktlichkeit, Fahrgastzahlen, etc. abhängen. Damit hätte das Management einen deutlichen Anreiz, diese zu verbessern. Da ist der Staat als Eigentümer der Deutschen Bahn in der Pflicht.

Zu der Frage, wo das Geld dafür herkommen soll, hüllen sich die Gewerkschaften leider in Schweigen: Einfach die Ticketpreise erhöhen, kann nicht die Lösung sein. Dies würde den Umstieg auf ÖPNV noch mehr torpedieren. Geld gibt es in einem reichen Land wie Deutschland aber durchaus, es ist nur schlecht verteilt und die wirklich Reichen maßvoll anzupapfen wird von einer kleinen Politiker-Minderheit an den Schaltstellen der Macht nach wie vor verhindert. Das zu ändern ist vermutlich eine noch kniffligere Baustelle und Bewährungsprobe für die Demokratie in Zeiten des Klimawandels. Umso bedauerlicher ist es, dass die Gewerkschaft dazu nichts sagt.

Die jetzt gefundene Lösung – ein klassischer Kompromiss – wäre bei mehr gutem Willen beiderseits sehr viel schneller erzielbar gewesen. Unverständlich daran ist das Fehlen einer Inflationsausgleichsklausel mit der sich zukünftige Arbeitskämpfe weitgehend vermeiden ließen.

Werner Behrendt, ROBIN WOOD-Gruppe Bremen



Foto: iStock/smartboy10



Anti-SLAPP: Besserer Schutz vor Schikane

Das macht Mut: Die EU geht gegen Klagen zur Einschüchterung von Medien und Zivilgesellschaft vor. Zu diesem Zweck hat sie im März dieses Jahres eine neue Richtlinie verabschiedet. Sie richtet sich gegen SLAPPs. Das steht für Strategic Lawsuits Against Public Participation (Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung). Das Kürzel erinnert nicht ohne Grund an das englische Wort „slap“, Ohrfeige.

Dabei handelt es sich um Klagen gegen Journalist*innen und ebenso mutig recherchierende Aktive von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie Whistle-Blower*innen, die von zumeist wohlhabenden Mächtigen, Unternehmen oder Regierungen mit einem Ziel angestrengt werden: ihre Kritiker*innen in langwierige Prozesse zu verwickeln, um sie einzuschüchtern und von weiteren Recherchen und Veröffentlichungen abzuhalten.

Diejenigen, denen solche „Ohrfeigen“ in Form von juristischen Angriffen verabschiedet werden, kostet es Zeit, Geld und

Nerven, sich dagegen zu wehren. Die neue Richtlinie bietet Schutz vor offensichtlich unbegründeten Ansprüchen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren in juristischen Streitfällen mit grenzüberschreitendem Bezug.

Beklagte können bei Gericht beantragen, solche offensichtlich unbegründeten Klagen abzuweisen. Die Beweislast liegt dann bei den Kläger*innen: Sie müssen beweisen, dass es sich nicht um einen SLAPP handelt. Gerichte können solche Klagen frühzeitig abweisen. Zudem können sie die klage führenden Lobbyvertreter*innen, Unternehmen sowie Politiker*innen verpflichten, die Kosten für die Verteidigung der Beklagten zu übernehmen. Unter Umständen tritt auch der Staat mit Beihilfen ein. Die Angegriffenen können Anspruch auf Schadensersatz geltend machen. Und sie sollen sich in jedem EU-Land an eine Stelle wenden können, die sie finanziell und psychologisch unterstützt. Rechtskräftige Urteile über abgewehrte Einschüchterungsklagen sollen leicht zugänglich gemacht werden.

Wie alle EU-Richtlinien muss auch diese nun zunächst von den 27 EU-Staaten in nationales Recht umgesetzt werden. Dafür haben die Staaten zwei Jahre Zeit. „Wir fordern eine rasche Umsetzung der Richtlinie. Dies ist wichtig für die Pressefreiheit und die Demokratie“, sagte Tina Groll, Bundesvorsitzende der Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion.

Das sieht ROBIN WOOD ebenso. Auch die Koalition von Nichtregierungsorganisationen aus ganz Europa, CASE, die die Richtlinie mit erstritten hat, hat deren Verabschiedung begrüßt. Zugleich hat sie Empfehlungen zur Umsetzung dieses „vielversprechenden Mindeststandards“ gegeben und angekündigt, dies weiter zu überwachen – damit künftig EU-weit möglichst viele Einschüchterungsversuche gestoppt werden.

<https://www.the-case.eu/latest/the-anti-slapp-directive-creates-a-promising-minimum-standard-for-member-states/>

[Ute Bertrand, presse@robinwood.de](mailto:Ute.Bertrand,presse@robinwood.de)



Foto: ROBIN WOOD

Februar 2020 in Brüssel aktiv: ROBIN WOOD protestierte gegen den Raubbau in rumänischen Urwäldern

9. Juni: Europawahl für Natur und Umwelt

Dass am 9. Juni die Menschen in Europa wählen gehen, ist der dringende Wunsch von Raphael Weyland, langjähriger Aktivist bei ROBIN WOOD. Jetzt arbeitet er für den Natur- und Umweltschutzverein NABU in Brüssel.

Wie engagierst du dich für Natur und Umwelt auf europäischer Ebene?

Vor neun Jahren habe ich Hamburg den Rücken gekehrt, um in Brüssel für den Natur- und Umweltschutzverein NABU zu arbeiten. Ich war langjähriger Aktivist bei ROBIN WOOD. Ich verfolge aber noch interessiert das Vereinsgeschehen und als kürzlich der Redaktionsschluss für dieses Magazin bekannt gegeben wurde, dachte ich gleich: Hier muss ein Beitrag zur Europawahl rein. Auch in unserem Aktivist*innen-Kreis wird noch viel zu wenig über diese für die Natur und Umwelt wichtige Wahl gesprochen. Und auch bei uns höre ich immer wieder Stimmen, die meinen:

Warum soll ich überhaupt wählen gehen, das bringt doch alles eh nichts.

Warum braucht es Umweltgesetze auf EU-Ebene?

Das ist recht eindeutig: Umweltverschmutzung macht nicht an Ländergrenzen halt. Es reicht also nicht aus, Luft- oder Gewässerverschmutzung nur in einem Staat adressieren zu wollen. Hinzu kommt, dass größere Transformationsherausforderungen nicht durch einen Akteur allein gelöst werden können. Dies gilt beispielsweise für das Aus der ineffizienten Glühbirne oder vielleicht auch des Verbrennermotors. Hier ist die Europäische Union (EU) eine mögliche Regelungsebene.

Niemand kann sagen, dass gemeinsame Standards zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen führen. Der Staatenverbund der 27 EU-Mitgliedstaaten ist zugleich – auch wenn es auch dort nicht immer ganz leicht ist –

handlungsfähiger als beispielsweise die Ebene des globalen Völkerrechts. Der globalen Ebene mangelt es zudem an Durchsetzungsinstrumenten. In der EU haben wir immerhin den Europäischen Gerichtshof.

Was macht die EU denn zum Beispiel für den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz?

Es gibt ein gutes Grundgerüst an EU-Umweltrecht. Im Bereich Naturschutz hat die EU mit der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie von 1992 beispielsweise die Grundlage für das größte Schutzgebietsnetz weltweit (Natura 2000) geschaffen. Auch die Versuche, durch die Novelle der deutschen Düngeverordnung die Nitratbelastungen des Grundwassers zu reduzieren, gehen auf die Nitrat-Richtlinie der EU zurück.

Gleiches gilt für prozedurale Instrumente wie die Umweltverträglichkeitsprüfung oder Vorgaben zur Verbands-

beteiligung. Diese Regeln werden leider von den EU-Mitgliedstaaten, auch Deutschland, oft nicht vollständig umgesetzt. Sie erlauben es uns aber immer wieder, Druck auf den Bund und die Bundesländer auszuüben.

Was können wir vom neuen EU-Parlament erwarten?

Die aktuelle Legislatur wurde von einer Schwerpunktsetzung für die Umwelt geprägt. Als Reaktion auf die Proteste der Fridays for Future legte die Europäische Kommission den Europäischen Green Deal vor. Auf diesen stützt sich zum Beispiel das EU Climate Law. Im Landnutzungssektor sieht es nicht so gut aus. Hier hat sich die Kommission nicht getraut, das Förderinstrument der Gemeinsamen Agrarpolitik zu ergrünen. Derzeit werden angesichts der Bauernproteste sogar bestehende Umweltauflagen aufgegeben. Auch die Verordnung zur Reduktion von Pestiziden ist am Widerstand vor allem der Konservativen gescheitert. Und die Wahlprognosen zeigen für die Europawahl leider in ähnliche Richtung wie Prognosen für anstehende Landtagswahlen in Deutschland.

Jüngste Abstimmungen im Europäischen Parlament machen aber deutlich, dass es auf jede Stimme ankommt. Daher ist es so wichtig, bei der Wahl ein Zeichen für die Fortsetzung des Europäischen Green Deals zu setzen. Denn wie genau gewählt wird, entscheidet sich erst kurz vor der Wahl.

Was kann jede/jeder ganz konkret tun?

Zuallererst sollte sich jede*r aus den oben gezeigten Gründen für das Thema interessieren. Die EU ist dabei weniger bürokratisch als immer behauptet wird. Konsultationen über Gesetzesvorhaben sind zwar „nerdy“, aber in der Regel immerhin frühzeitig und online für alle verfügbar, anders als beispielsweise auf Bundes- oder Landesebene. Abgeordnete laden ihre Wahlkreise vielfach zu Brüssel-Fahrten ein.

Und das Argument der überbordenden Bürokratie lasse ich auch nicht gelten. Bei der EU-Kommission sind weniger Mitarbeiter*innen angestellt als beispielsweise bei der Stadtverwaltung von München.

Deswegen bin ich überzeugt, dass wir am Wahltag nicht zu Hause bleiben dürfen. Das erste Mal können Menschen ab 16 wählen. Die Wahlbeteiligung lag das letzte Mal bei nur 61 Prozent. Jede Stimme für eine demokratische Partei hilft, rechtspopulistischen Tendenzen entgegenzutreten.

Und dann bitte ich euch, genau hinzuschauen. Klar, ich kann keine Wahlempfehlung geben. Aber das Abstimmverhalten der letzten Jahre verdeutlicht, wofür welche Partei steht, und das ist ziemlich eindeutig.

Die Auswertung der Brüsseler Umweltverbände zeigt, dass rechtsnationalistische Parteien wie die AFD und (rechts-)konservative Parteien wie leider auch die CDU/CSU sich nicht sonderlich für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einsetzen. Gleiches gilt für die deutsche FDP. Die „progressiveren“ Parteien wie Linke, Grüne oder SPD unterstützten hingegen (mit leichten Nuancen) vielfach ambitioniertere Umweltgesetzgebung.

Ausführlichere Auswertungen findet ihr beispielsweise auf den Internetseiten vom DNR oder auf www.nabu.de/europawahl.

Am 9. Juni zur Europawahl gehen! Damit Umwelt und Natur eine starke Stimme bekommen



Foto: Raphael Weyland

Nummer 161/2.24

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

ISSN: 1437-7543

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Jana Ballenthien, Sabine Genz, Moritz Heck, Angelika Krumm, Annette Littmeier, Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.). Die Redaktion ist für Layout, Satz, Fotos, Anzeigen verantwortlich.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3, 21073 Hamburg
Tel.: 040 380892-0, Fax: -14
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand.
Der Bezug des Magazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Förder*innen, die ab 50 Euro jährlich spenden, erhalten ein kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bayreuth
Bogenoffsetdruck, Auflage: 7.000.
Gedruckt mit mineralölfreien Farben
auf 100 % Recyclingpapier mit dem
Blauen Engel.

Titelbild:

Idee und Illustration BooBoo Tannenbaum in Kooperation mit
Annika Lübbe

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE93 3702 0500 0008 4555 00
BIC: BFS WDE 33 XXX



info@robinwood.de
www.robinwood.de

INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

STICHWORT

BAYER

DAS KONZERNKRITISCHE MAGAZIN

WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO

Fax 0211 – 26 11 220 // Fon 0211 - 33 39 11 // info@stichwort-bayer.de // www.stichwort-bayer.de

Foto: Foodwatch



Lasst uns über Morgen reden.

INFORMATIONEN ZU TESTAMENT UND ERBSCHAFT **ROBIN WOOD**

Lasst uns über Morgen sprechen

Unsere Freude und unsere Dankbarkeit waren groß, als wir Anfang dieses Jahres einen Nachlass erhielten. Nicht immer sind uns diese Menschen, die vererben, zuvor bekannt. Nicht immer waren sie Fördermitglieder oder Spender*innen. Und doch steckt vieles in den wenigen handgeschriebenen Zeilen, die uns durch die Abschriften der Amtsgerichte übermittelt werden. Es sind Zeilen, die berühren und die eine Aussage treffen, darüber, was im Leben bedeutsam war.

Von der Gewissheit, etwas Bleibendes zu hinterlassen

Auf die Frage, warum Menschen Teile ihres Vermögens an einen Verein wie ROBIN WOOD vererben, ist eine Antwort: Weil sie mit ihrem Vermächtnis die Zukunft der nächsten Generationen gestalten wollen.

Denn ein Testament ist eine Entscheidung für das Leben! Es ist ein Beitrag für eine bessere Welt und die Fürsorge für

nachkommende Generationen. Mit dem Erbe ist es möglich, einen guten Zweck zu unterstützen und das, was wichtig war, weiterzureichen, auch über den eignen Tod hinaus.

Häufig sind es Menschen, die der Gesellschaft etwas zurückgeben möchten, weil es ihnen im Leben gut gegangen ist oder die Angehörigen bereits versorgt sind. Der Staat belohnt die gute Tat. Nachlässe an gemeinnützige Organisationen wie ROBIN WOOD sind von der Erbschaftsteuer befreit. Ihr Nachlass kommt also voll und ganz unserem Engagement für die Wälder und einer lebenswerten Zukunft zugute.

Um über gesetzliche Regelungen zu informieren, haben wir uns im Team zusammengesetzt und diese kleine Nachlassbroschüre entwickelt. Sie bietet einen Überblick über die gesetzliche Erbfolge, die gültige Form eines Testaments und Möglichkeiten, diese zu gestalten. Den fachkundigen Rat einer Notarin oder eines Notares ersetzt sie natürlich nicht.

Nutzen Sie die Gelegenheit und bestellen Sie kostenfrei Informationen zu Testament und Erbschaft unter der Telefonnummer: 040 380 892-0 oder senden Sie eine E-Mail mit der Anfrage an: testament@robinwood.de.

Sie können mit Ihrem Nachlass die Zukunft gestalten. Hinterlassen Sie etwas Bleibendes. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage!



Andrea Zander & Christiane Weitzel

“

ROBIN WOOD ist für mich die überzeugendste waldbezogene Umweltorganisation, weil sie seit 40 Jahren sehr konsequent immer wieder den Finger in die Wunde legt.

Dr. Lutz Fährer, Forstdirektor Lüneburger Stadtwald 1986 bis 2009, Initiator des Konzepts der „Naturnahen Waldnutzung“

FÜR IHREN BESONDEREN TAG

IHRE GESCHENKSPENDE
FÜR ROBIN WOOD,
WEIL IHNEN DIE WÄLDER
AM HERZEN LIEGEN



ROBIN WOOD

Spenden statt Geschenke

Ihr runder Geburtstag steht in diesem Jahr an? Ein Jubiläum? Wir hoffen, dass es auch in diesem Jahr gute Gründe zum Feiern gibt!

Wer in nächster Zeit einen besonderen Tag vor sich hat, kann sich ab sofort eine Spende für die wilden Wälder wünschen. Starten Sie Ihre Spendenaktion und setzen Sie ein Zeichen für Klimagerechtigkeit und den weltweiten Erhalt der Wälder. Damit inspirieren Sie nicht nur Ihre Gäste, Sie machen es Ihren Lieben auch leicht, Ihnen eine Freude zu bereiten.

Es ist sehr unkompliziert an der Aktion „Spenden statt Geschenke“ teilzunehmen. Lassen Sie sich gerne kurz telefonisch von Andrea Zander beraten und weisen Sie Ihre Gäste schon in der Einladung auf Ihre Aktion hin.

Unter einem vereinbarten Stichwort können Ihre Lieben auf unser Spendenkonto einen Betrag überweisen. Alternativ stellen wir Ihnen eine Spendenbox zur Verfügung und Sie können nach der Feier den Gesamtbetrag auf unser Konto überweisen.

Nach ungefähr drei Wochen erhalten Ihre Gäste auf Wunsch eine Spendenbescheinigung und ein Dankschreiben, sofern uns Name und Adresse der spendenden Person bekannt sind.



Wir helfen Ihnen gerne bei der Umsetzung. Wenden Sie sich bitte an Andrea Zander oder bestellen Sie unseren Infolyer unter Tel.: 040 380892-13 oder andrea.zander@robinwood.de





Natürlich wählen
9. Juni
Europawahl

Gib mir deine Stimme.

Am 9. Juni Abgeordnete ins EU-Parlament wählen, die sich für unsere natürlichen Lebensgrundlagen in einem demokratischen Europa stark machen.

Jetzt rausfinden, wer sich im EU-Parlament für Umweltschutz einsetzt.

www.natuerlichwahlen.eu





31. Januar 2024: Die Aktivist*innen von ROBIN WOOD forderten von den Regierungen auf Bundes- und Landesebene, den Bau des umstrittenen Flüssiggas-Terminals vor der idyllischen Ferieninsel Rügen zu stoppen

ROBIN WOOD aktiv für Umwelt und Natur

Mit spektakulären Aktionen setzen sich die Aktiven von ROBIN WOOD für die Umwelt ein. Sie steigen den Konzernen aufs Dach, die ohne Rücksicht auf die Folgen Profite machen. Und sie machen Druck bei der Politik, damit ihren Versprechungen für mehr Nachhaltigkeit auch Taten folgen. Wir alle gemeinsam: die Aktiven, die Förder*innen und das hauptamtliche Team sorgen dafür, dass ROBIN WOOD stark und unabhängig bleibt. Mehr zu unseren Kampagnen und Aktionen lesen Sie in diesem Heft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ich möchte andere informieren!

Bestellungen gerne auch via
E-Mail: info@robinwood.de
oder Telefon: 040 3808920

Bitte senden Sie mir zum Weitergeben:

___ Exemplare dieses Magazins

ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle
Bremer Str. 3

21073 Hamburg

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum, Unterschrift

Aktiv für die Umwelt

www.robinwood.de

Foto: Daniel Müller/ROBIN WOOD



Jahresbericht 2023
ROBIN WOOD





Foto: Stephan Röhl

Protest in Hamburg 2023: Kohlekraftwerke dürfen nicht einfach auf Holzverbrennung umgestellt werden

Pellets aus Urwäldern?

Nicht mit uns! Wie auch schon die letzten Jahren lag einer unserer Schwerpunkte im Waldbereich darauf, eine Energiewende zu verhindern, die auf Kosten der Wälder geht. Die Bundesregierung feilt zum ersten Mal an einer Biomassestrategie. Darin wird z.B. entschieden, ob Kohlekraftwerke zukünftig einfach auf Holz umstellen dürfen und ob neue Holzkraftwerke finanziell gefördert werden.

Mit einem großen Recherchebericht über das gute Qualitätsholz, das in Deutschland in Kraftwerken und in der Pelletproduktion landet, sind wir im Frühjahr gestartet. Mit Banneraktionen bei Vattenfall in Berlin, in Hamburg gegen die Umrüstung des Kohlekraftwerks Tiefstack, in Wismar an einem der größten Pelletwerke Deutschlands und mit einer Kunstaktion in Brüssel haben wir an neuralgischen Orten gezeigt, dass das massenhafte Verfeuern von Holz einfach gar keine Reduktion an klimawirksamen Emissionen bedeutet. Überdies hat das Holzverbrennen

dramatische Folgen für die ohnehin schon geschwächten Wälder weltweit hat. Auch die rumänischen Urwälder könnten bald in großen Stil auf dem deutschen Pelletmarkt landen. Schon 2023 haben wir mit Recherchen begonnen, die 2024 in Veröffentlichungen und Aktionen gipfeln. Seid gespannt!

2023 war auch das Jahr, in dem das Bundeswaldgesetz nach knapp 48 Jahren zum ersten Mal novelliert werden sollte – allerhöchste Zeit, denn Klimawandel und Artensterben und daraus resultierende Schlussfolgerungen für den Umgang mit unseren Wäldern sucht man darin bisher vergeblich. Mit aller Kraft und mit vielen deutschen NGOs gemeinsam haben wir uns dafür eingesetzt, dass z.B. gigantische Räumungen bis zum Horizont in Zukunft der Vergangenheit angehören. Wir haben ein Papier zur schädlichen großflächigen Räumung von abgestorbenen Waldflächen und mehrere Statements und Pressemitteilungen zur dringend notwendigen starken Novellierung des



Wenn Sie Fragen und Anregungen haben, melden Sie sich bitte bei Jana Ballenthien, Waldreferentin: wald@robinwood.de www.robinwood.de/wald

Bundeswaldgesetzes veröffentlicht. Und wir waren auf den großen Waldkonferenzen in Deutschland auf den Podien vertreten. Das Bundeswaldgesetz ist jetzt im Frühjahr 2024 immer noch nicht novelliert. Mit unseren Inputs konnten wir zunächst einen recht progressiven Entwurf unterstützen. Doch die Forstwirtschaftslobby scheint ihn in sehr stark verwässert zu haben. Wir bleiben dran und geben nicht auf. Denn dafür sind die Wälder zu wertvoll für unser Überleben!



Foto: ROBIN WOOD/Eberhard Linckh

Der Anbau von Kautschuk für Reifen zerstört Millionen Hektar tropischer Wälder

Täglich grüßt das ... Lieferkettengesetz

Bereits zum dritten Mal in Folge war eines der großen Themen des Jahres ein Lieferkettengesetz.

Es begann 2021: Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz wurde verabschiedet, ein erster großer Erfolg. Es ging 2022 direkt weiter: Der EU-Verordnung gegen globale Entwaldung (kurz EUDR) wurde vom EU-Parlament verabschiedet, alles weitere war reine Formsache. Das Gesetz trat 2023 in Kraft – ein riesiger Erfolg. Im letzten Jahr ging es dann vor allem um deren Umsetzung. Mitgliedstaaten mussten Behörden schaffen und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen. Ab Ende diesen Jahres werden dann die Unternehmen in der Nachweispflicht von „entwaldungsfreien“ Lieferketten sein.

Auf die EUDR folgte direkt das europäische Lieferkettengesetz, kurz CSDDD (Corporate Sustainability Due Diligence Directive). Ende 2023 wurde sie vom EU-Parlament verabschiedet.

Dann der große Knall, Deutschland wollte sich in der finalen Ratsabstimmung enthalten, das Gesetz schien zu kippen. Doch nach langwierigen Nachverhandlungen wurde das Gesetz letztendlich verabschiedet. **Trotz zahlreicher Abstriche – es ist fürs Erste geschafft. Begleiten werden uns all**

diese Lieferkettengesetze auch über die nächsten Jahre. Es gibt bereits jetzt zahlreiche Versuche, von Unternehmen und Mitgliedstaaten gleichermaßen, Übergangsfristen zu verlängern oder gar die getroffenen Beschlüsse wieder aufzubohren. Dabei brauchen wir striktere Regelungen!

„Saubere Autos sind eine dreckige Lüge“: Mit dieser Botschaft waren wir im Sommer in München bei der IAA. Wir wollten dem Greenwashing der Automobilindustrie nicht die Bühne überlassen. Die größte Aktion des letzten Jahres hatte auf den ersten Blick weder besonders viel mit den Wäldern der Tropen noch mit der EU-Verordnung gegen globale Entwaldung zu tun. Auf den zweiten jedoch umso mehr.

Extrem viele Rohstoffe für die Produktion von Autos kommen aus den Tropen, gerade auch für E-Autos. Die Abbaubedingungen der Rohstoffe wie Lithium und Kobalt sind desaströs und die Verarbeitung aufwendig. Indonesien plant gerade zum Beispiel den Bau einer Vielzahl neuer Kohlekraftwerke, um die energieintensive Nickelproduktion für Europa sicherzustellen.

Und dann sind da noch die Reifen. **Naturkautschuk ist ein extrem**



Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Fenna Otten, Tropenwaldreferentin, tropenwald@robinwood.de www.robinwood.de/tropenwald

wichtiger Bestandteil von Autoreifen, LKW-Reifen, Flugzeugreifen. Der Anbau von Kautschuk hat Millionen Hektar tropischer Wälder zerstört.

Dank der EUDR dürfen nun zumindest weder Naturkautschuk noch Reifen in die EU eingeführt werden, für dessen Produktion Wälder nach 2020 gerodet wurden. Letztlich brauchen wir jedoch eine umfassende Mobilitätswende. Mehr ÖPNV für alle, weniger Flächenfraß und Ressourcenverbrauch durch steigenden Individualverkehr. Auch für die Tropen!



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Januar 2023: Protest beim Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart

Holz und Atom sind keine Klima-Retter

Eine echte Energiewende gibt es nur mit einem schnellen Ausbau von Wind- und Solarenergie. Scheinlösungen wie Biomasse, Atomkraft und LNG verzögern die Energiewende und führen uns noch tiefer in die Klimakrise.

Ende 2022 beschloss die Bundesregierung, die drei noch verbliebenen Atomkraftwerke noch bis Mitte April 2023 am Netz zu lassen. Viele Stimmen aus der Energiewirtschaft, aus der CDU und der FDP forderten gar den Wiedereinstieg in die Risikotechnologie Atomkraft.

Um das zu verhindern, machten wir uns Anfang 2023 dafür stark, dass im April endlich Schluss ist mit den AKW in Deutschland. Wir protestierten im März gemeinsam mit der Runterfahren-Kampagne vor dem AKW Isar 2, und am Fukushima Jahrestag gemeinsam mit vielen Atomkraftgegner*innen in ganz Deutschland. Mit Erfolg: Seit dem 15. April 2023 ist die Stromerzeugung aus Atomkraft in Deutschland endlich vorbei! Doch es bleibt noch viel zu tun: Mit der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen sind immer noch Atomanlagen in Deutschland in Betrieb!

Biomasse gilt als regenerativer Energieträger, obwohl bei der Holzverbrennung große Mengen an CO₂ entstehen. Leider planen viele Kraftwerksbetreiber die

Umstellung von Kohlekraftwerken auf industrielle Holzverbrennung, wodurch der Druck auf die Wälder steigt und noch mehr Wald abgeholzt wird. Gegen derartige Pläne demonstrierten wir am 21. September vor dem Hamburger Rathaus, wo das Kohlekraftwerk Tiefstack auf Holzverbrennung umgerüstet werden soll und übergaben 100.000 Petitionsunterschriften an den Hamburger Senat. Auch in Berlin beschäftigte uns dasselbe Thema. Im April protestierten wir bei der Hauptversammlung von Vattenfall und forderten klimafreundliche Fernwärmelösungen statt Kohle-, Gas- und Holzverbrennung.

Dass Ökostrom die richtige Alternative zu Kohle, Gas und Atom ist, wissen inzwischen die Meisten. Doch woran erkennt man eigentlich einen echten Ökostromanbieter und wie unterscheidet er sich von Angeboten, bei denen zwar Ökostrom draufsteht aber Greenwashing drin ist? Diese Fragen beantwortet der ROBIN WOOD-Ökostromreport. Im letzten Jahr haben wir die von uns empfohlenen Anbieter erneut überprüft.

Uns freut ganz besonders, das bei vielen Anbietern der Strommix bunter geworden ist und im Vergleich zu dem Referenzjahr 2018 deutlich mehr Solar- und Windstrom enthält. In diesem Jahr planen wir einen komplett neuen Öko-



Florian Kubitz ist Energieexperte und im Vorstand von ROBIN WOOD. Wenn Sie Fragen und Anregungen haben, melden Sie sich bitte unter: energie@robinwood.de www.robinwood.de/energie

stromreport, in dem wir alle bundesweit verfügbaren Tarife überprüfen werden.

ROBIN WOOD macht sich außerdem für ein solidarisches Klima stark. Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit müssen zusammen gedacht werden. Tax The Rich lautete deshalb unser Slogan bei unserem ungebetenen Besuch des FDP Dreikönigstreffens in Stuttgart. Wir sind überzeugt: Eine sozial gerechte und ökologische Energieversorgung ist möglich – und nötiger denn je!



Foto: ROBIN WOOD/Moritz Heck

Mobilitätswende jetzt!

Die neue Referentin für Mobilität ist erst seit diesem Jahr im Team von ROBIN WOOD. Daher hat sie sich umgehört, wie 2023 in der Aktionsgemeinschaft an der Verkehrswende gearbeitet wurde. Denn schließlich wurde in jenem Jahr das Klimaschutzgesetz überarbeitet und dabei die Sektorkopplung abgeschafft. Damit ist es für Minister Wissing leichter geworden, seine Klimaziele Jahr für Jahr zu verfehlen. Es bleibt also im Mobilitätsbereich viel zu tun.

Für ROBIN WOOD startete das Jahr mit dem Kampagnenschwerpunkt Flugverkehr. „Wir haben gegen Ende 2022 entschieden, eine Kampagne gegen Vielflieger*innen zu machen, um mehr über Gerechtigkeit im Flugverkehr zu sprechen und auch eine konkrete Maßnahme vorzuschlagen. Die absolut meisten Emissionen werden von Vielflieger*innen verursacht, daher war unser Vorschlag, eine progressive Steuer einzuführen. Also eine Steuer, die immer weiter steigt, je häufiger die Menschen fliegen. Wir haben eine Petition gestartet und waren vor dem Verkehrsministerium. Ich bin persönlich immer noch ziemlicher Fan von der Idee, weil es wirklich umsetzbar wäre“, sagt Jonas Asal, Flugverkehrsreferent bei ROBIN WOOD 2023.

Die Materialien und auch das Video zur Kampagne sind auf der Website von ROBIN WOOD zu finden. Nachdem der Klima- und Transformationsfonds vom Bundesverfassungsgericht im November für nichtig erklärt wurde, gab es eine

rege Debatte um die Abschaffung der Kerosinsteuer – keine gleichwertige sozialpolitische – aber immerhin eine klimapolitische Maßnahme. Diese hat es nicht in die Umsetzung geschafft, dafür aber eine Erhöhung der Ticketsteuer für Inlandsflüge ab Mai 2024. Nach Ende der Kampagne verließen Dominique Just und Jonas Asal ROBIN WOOD, der Mobilitätsbereich wurde anschließend von den Aktiven und Fachreferent*innen wie zum Beispiel Tropenwald-Referentin Fenna Otten betreut: „Im September brachten wir bei einer Aktion die Mobilitätswende und den Schutz von Tropenwäldern zusammen. Die IAA war der perfekte Ort dafür. Wenn ihr zu der Aktion mehr wissen wollt, schaut doch gern auf meiner Seite im Jahresbericht!“

Im Herbst war ROBIN WOOD auch in Hamburg aktiv, Hareike von der Regionalgruppe Hamburg-Lüneburg schreibt mir, was passiert ist: „Bei der nationalen Luftfahrtkonferenz waren wir mit einer Banner-Drop-Aktion dabei. Wir wollten darauf aufmerksam machen, dass die anwesenden Akteure inklusive Kanzler Olaf Scholz und die Minister Robert Habeck und Volker Wissing klima- und umweltpolitisch vollkommen irrsinnige Ziele verfolgen, statt eine sofortige drastische Reduzierung des Flugverkehrs anzustreben. Die auf der Konferenz dargestellten grünen Flugverkehrsphantasien verstehen wir dabei als Mythos mit Greenwashing-Absichten!“



Annika Fuchs ist Mobilitätsreferentin bei ROBIN WOOD. Wenn Sie Fragen haben, melden Sie sich bitte unter annika.fuchs@robinwood.de

Ein weiteres Thema des vergangenen Jahres war die Zukunft des Nahverkehrs. Irmi von der Regionalgruppe Köln war Teil der Proteste während der Verkehrsministerkonferenz am 10. und 11. Oktober. Sie erlebte die Demo so: „Wir forderten dabei die Fortsetzung des 49-Euro-Tickets. Die etwa 500 Teilnehmer*innen kamen aus den verschiedensten Gruppierungen: Fridays for Future, Verdi, VCD und viele andere. Sie gingen gemeinsam für solche Maßnahmen und die Verbesserung des ÖPNV einzusetzen, verbindet. Ich finde, dass das auch eine soziale Komponente hat, weil zum einen für bezahlbare Tickets für Alle, aber auch für bessere Arbeitsbedingung für Busfahrer und Zugpersonal demonstriert wurde.“ **Bezahlbare und vereinfachte Tickets sind ein wichtiger Baustein der Mobilitätswende. ROBIN WOOD fordert darüber hinaus auch mehr Geld für den Ausbau der Schieneninfrastruktur!**



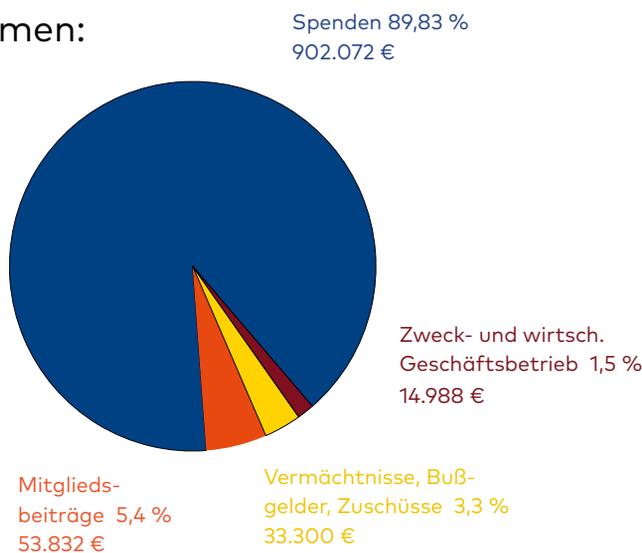
Thorsten Herz, Finanzen.
 Sie haben Fragen zu unseren
 Zahlen? Bitte rufen Sie mich an:
 040 380892-23
 Thorsten.Herz@robinwood.de

Bilanz 2023: In Zahlen und Worten

Unsere Berechnungen und Darstellungen orientieren sich an den Standards von DZI und Transparency International Deutschland.

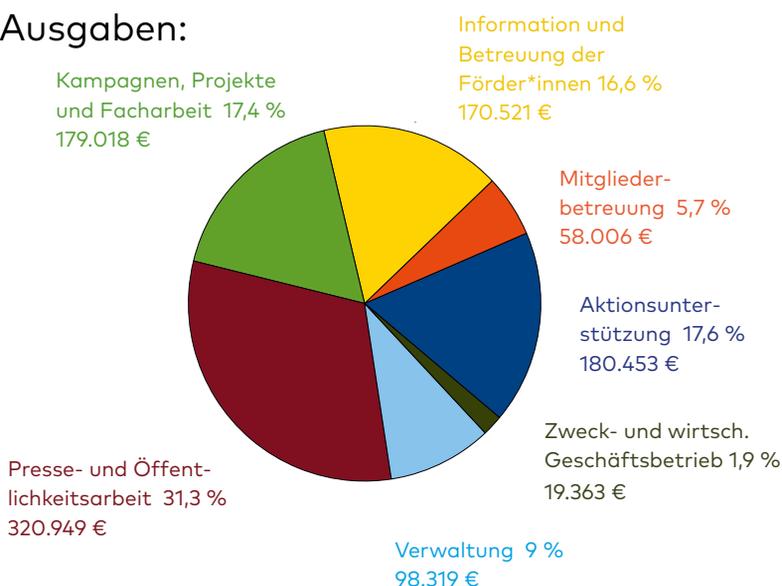
Die Kriege in der Ukraine und im Gaza-gebiet verdrängten 2023 viele Themen aus unserer Wahrnehmung. Der globale Klimawandel schreitet weiter voran – und manchen scheint es fast gelegen zu kommen, dass die Welt hier gerade nicht so genau hinschaut! Umso wichtiger ist das Engagement der Aktivist*innen von ROBIN WOOD. **Mit viel Leidenschaft und Herz setzten sie sich im vergangenen Jahr für den Erhalt der Wälder und die Mobilitätswende ein.**

Einnahmen:



Wir starteten in das neue Jahr mit der guten Nachricht zu den entwaldungsfreien Lieferketten. Unsere Hartnäckigkeit und der jahrelange Druck auf Berlin und Brüssel zahlten sich endlich aus! **Der Erlass der EU-Verordnung zum Schutz der Wälder durch entwaldungsfreie Lieferketten ist ein toller Erfolg und guter Schritt in die richtige Richtung.**

Ausgaben:



Zu Ostern hoben wir mit der **ROBIN WOOD-Kampagne „Vielfliegen besteuern“** ab. Denn 2022 waren so viele private Flugzeuge wie noch nie am Himmel über Europa unterwegs. Unsere Kampagne brachte viel Aufmerksamkeit und bestärkte unser Engagement für eine gerechtere Mobilität und für weniger Flugverkehr.

Die exklusive **ROBIN WOOD-Recherche „Umkämpftes Holz“** sorgte bei einigen Pellet- und Holzkraftwerken für Wirbel. Denn wir konnten nachweisen, dass statt Schad- oder Restholz ganze Stämme und hochwertiges Holz in den Brennöfen landeten. Die Folgen einer großindustriellen Verbrennung sind dramatische Abholzung in den Wäldern von Estland, Rumänien, Kanada und den USA. Wir bleiben dran, wenn Sie uns lassen!

Die Architektur unserer Ausgaben bzw. Investitionen hat sich aus den Erfahrungen vieler Jahre im Umweltschutz entwickelt. Trotz Überraschungen und dynamischer Entwicklungen ist sie relativ stabil. Die Grafik oben macht deutlich, wie entscheidend die Spenden unserer Förder*innen sind!

Seit Jahren fordert ROBIN WOOD, dass das europäische Wirtschaften und unser Konsum frei von Landraub und Menschenrechtsverletzungen sein muss. Die Rechte Indigener in Europa und in den globalen Lieferketten müssen gewahrt und gestärkt werden. Umweltgerecht-

keit ist für uns mehr als ein Wort.

Unsere Zukunftsvision ist ökologisch, sozial und gerecht.

Und um die Weihnachtszeit hieß es wie jedes Jahr: O, Tannenbaum, wie grün bist du? ROBIN WOOD stellt seit Jahren kostenfrei die Verkaufsstellen der ökologisch erzeugten Weihnachtsbäume zur Verfügung. Auch für solche Aktionen verwenden wir die Spendengelder.

Für 2024 haben wir uns viel vorgenommen. **Der Schutz und Erhalt der Wälder, eine gerechtere Mobilität und der wirksame Klimaschutz bleiben der Kern unseres gemeinsamen Tuns.**

Wir danken unseren Aktivist*innen und Förder*innen diese Welt ein kleines bisschen besser zu machen! Nur zusammen sind wir das, was wir sind: ROBIN WOOD!

Einnahmen:

Trotz eines Zuwachses unserer Spenden für 2023 schrumpften unsere Rücklagen durch gestiegene Kosten auf ca. 460.000 €. Mit insgesamt 902.000 € und 90 Prozent haben die Spenden unserer Förder*innen wieder den größten Anteil an unseren Einnahmen gehabt. **Vielen Dank für Ihre solidarische Unterstützung!**

Die Beiträge unserer Mitglieder waren 2023 nahezu konstant und machten 5,3 Prozent unserer Gesamteinnahmen aus, knapp 54.000 €.

Gut drei Prozent unserer Einnahmen verdanken wir dem Erhalt von Zuschüssen unserer Arbeit. Diese Zuschüsse beliefen sich auf 33.000 €.

Ausgaben:

Auch 2023 rüttelten wir auf und erhoben unsere Stimme gegen die Zerstörung von Umwelt und Natur. Unsere Kosten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machten den größten Teil unserer Ausgaben aus (31 Prozent). **Die vielen zielgerichteten Aktionen standen im Mittelpunkt unserer Arbeit:** Für die Planung, sichere Durch-

Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022
	€	€
Ideeller Bereich		
ERTRÄGE		
Mitgliedsbeiträge	53.833	54.952
Einzel Spenden	548.922	453.820
Dauerspendsen	326.584	334.130
zweckgebundene Spenden	26.566	26.258
Bußgelder	1.050	651
Personalkostenzuschüsse	0	2.400
sonst. Zuschüsse	32.000	84.604
Vermächtnisse und sonst. Erträge	250	2.206
Gesamterträge	989.205	959.022
AUFWENDUNGEN		
Öffentlichkeitsarbeit, Layout, Druck, Aktionsmaterial	131.527	117.674
Reisekosten	25.778	20.950
Versand, EDV, Kommunikation, Büromaterial	36.310	40.177
Zuwendungen an Dritte/Kooperationen	24.257	26.047
Personal, Honorare, Aufwandsentsch.	713.040	706.222
Fortbildungen, Fachliteratur	6.070	8.435
Abschreibungen	1.293	5.013
Raumkosten	43.646	38.088
Rechts- und Beratungskosten, Versicherungen, Reparaturen, Sonstiges	20.885	16.391
Gesamtaufwendungen	1.002.807	978.997
Zweckbetrieb		
ERTRÄGE		
Erh. Honorare	0	0
Umsatzerlöse	2.609	3.735
Magazin: Abo und Verkauf	2.537	3.355
Sonst. Betriebl. Erträge	0	0
Gesamterträge	5.147	7.091
AUFWENDUNGEN		
Magazin: Vertriebskosten	16.457	18.804
Gesamtaufwendungen	16.457	18.804
Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb		
ERTRÄGE		
Infoverkauf, Ausstellungen	0	0
Waren- und Bücherverkauf 7%	305	295
Warenverkauf 19%	775	689
Provisionen	5.614	6.881
Sonstige Erträge	973	188
Gesamterträge	7.667	8.054
AUFWENDUNGEN		
Waren – und Büchereinkauf 7%	557	3.202
Wareneinkauf 19%	2.349	1.317
Sonstige Aufwendungen	0	46
Gesamtaufwendungen	2.906	4.565
Vermögensverwaltung		
ERTRÄGE		
Gewinnbeteiligungen und Zinserträge	2.174	4
Gesamterträge	2.174	4
AUFWENDUNGEN		
Nebenkosten des Geldverkehrs	4.462	4.080
Gesamtaufwendungen	4.462	4.080
Vereinsergebnis	-22.439	-32.277

führung, Nachbereitung und bessere Involvement neuer Aktiver gaben wir knapp 18 Prozent unserer Mittel aus.

Grundlage für unsere Aktionen ist die Recherchearbeit unserer Fachreferent*innen für Wald, Tropenwald, Energie und Mobilität. Was wir alles bewegen konnten, haben Sie auf den vorherigen Seiten gelesen. 17 Prozent der Gelder verwendeten wir für Kampagnen, Projekte und Facharbeit.

Ohne unsere Förder*innen geht nichts. Deswegen informieren wir Sie regelmäßig über unser Tun und versuchten auch 2023 den Kreis unserer Unterstützer*innen zu erweitern, um in Zukunft unsere wertvolle Arbeit für den Schutz von Umwelt und Natur in gleichem Maße aufrecht erhalten zu können. 17 Prozent wendeten wir für die Information und Betreuung der Förder*innen auf.

Die Mitglieder von ROBIN WOOD werden bei ihrer eigenständigen Arbeit durch die Geschäftsstelle unterstützt. sechs Prozent unserer Ausgaben entfielen auf die Mitgliederbetreuung.

Flyer für den Info-Stand, Banner und T-Shirts für die nächste Demo – all das gibt es bei uns. Für den Zweck- und wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb haben wir zwei Prozent ausgegeben.

Auf die notwendige Verwaltung entfielen neun Prozent unserer Kosten.

2023 verzeichneten wir einen Verlust von 22.000 €. Nur dank Ihnen sind wir durch dieses schwierige Jahr gekommen und können auch in Zukunft aktiv für die Umwelt sein und Menschen für unsere Arbeit begeistern. **Wir danken Ihnen, unseren Spender*innen, ganz herzlich für Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen!**

Bilanz

AKTIVA		31.12.2023
A.	ANLAGEVERMÖGEN	11.497,60 €
I.	Sachanlagen	292,00 €
II.	Finanzanlagen	11.205,60 €
B.	UMLAUFVERMÖGEN	472.611,04 €
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.671,84 €
II.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	468.939,20 €
Bilanzsumme		484.108,64 €
PASSIVA		31.12.2023
A.	EIGENKAPITAL	476.327,38 €
I.	Variables Kapital	498.766,20 €
II.	Vereinsergebnis	-22.438,82 €
B.	B. VERBINDLICHKEITEN	7.781,26 €
I.	Vb gegenüber Kreditinstituten	0,00 €
II.	Sonstige Verbindlichkeiten	7.781,26 €
Bilanzsumme		484.108,64 €



Hamburg, September 2023: Keine Wälder in Kraftwerken verfeuern!

ROBIN WOOD

Bundesgeschäftsstelle
Bremer Straße 3
21073 Hamburg

Tel.: 040 380892-0
Fax: 040 380892-14
info@robinwood.de
www.robinwood.de

Spendenkonto:
Sozialbank Hannover
IBAN: DE93 3702 0500 0008 4555 00
BIC: BFS WDE 33 XXX